Nummer 3 — Duisburg, den 21. Januar 1911. — Jahrgang 12

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Petitzeile 40 Pfg. Telephon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen ꝛc sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Auf Kollegen, schließt die Reihen!

Auf Kollegen, schließt die Reihen,
Reichet euch die Bruderhand,
Alle müssen wir uns sammeln,
Stärken, fördern den Verband!
Laßt die Lauheit jetzt beiseite,
Leset das Verbandsorgan,
Denn an Menschen, die nichts wissen,
Legt' man's Maß der Dummheit an.

Gründlich müsset ihr euch schulen,
Pflegen den Gewerkschaftsgeist;
Leget ab das große Uebel,
Das gewöhnlich Stumpfsinn heißt.
Auch die Trägheit lasset schwinden,
Die ja jede Arbeit scheut,
Und verschiebet nichts auf morgen,
Was ihr leisten könnt noch heut.

Eure Menschenfurcht verlernet,
Seid nicht feige und nicht still,
Wenn man die gerechten Wünsche,
Die ihr stellt, beschneiden will,
Wartet nicht, bis andere kommen,
Machet selber frei die Bahn,
Ueberlasset auch nicht einem
Alles, was man selber kann.

Auf, Kollegen, schließt die Reihen,
Reichet euch die Bruderhand,
Schwöret Liebe, schwöret Treue,
Ew'ge Treue dem Verband!
Sammelt Kämpfer, sammelt Streiter,
Holt herbei den letzten Mann!
Was für alle wir erreichen,
Haben wir uns selbst getan!

Chr. Kullmann.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Für den Arbeiter in der Metallindustrie, der am Herz unseres Wirtschaftslebens sitzt, ist ein Rückblick auf das abgelaufene Wirtschaftsjahr ebenso lehrreich, wie interessant. Denn „rückwärts blickend" kann er vorwärts schauen, er lernt den Stand des gegenwärtigen Zeitpunktes beurteilen und das kann für ihn und die Organisation, der er angehört, von größtem Vorteil sein.

Das Jahr 1909 schloß mit einer recht hoffnungsfrohen Stimmung. Man glaubte, die Aufwärtsbewegung im Wirtschaftsleben werde rasch wieder zu einer guten — wenn nicht gar Hochkonjunktur — führen. Nach der tiefen wirtschaftlichen Depression des Jahres 1908 war diese Hoffnung gewiß verfrüht. Der tatsächliche Gang des folgenden Jahres bewies dies in unzweifelhafter Form.

Man kann ja nun keineswegs sagen, daß der wirtschaftliche Erfolg des abgelaufenen Jahres ein schlechter gewesen wäre — das Gegenteil dürfte eher richtig sein, aber die erhoffte Hochkonjunktur brachte uns das Jahr 1910 nicht. Eine steigende Tendenz behielt es bei — so überschwenglich aber die Hoffnungen gewesen waren, die man auf das neue Jahr gesetzt hatte, so nüchtern und vorsichtig war im allgemeinen das Vorgehen der am Wirtschaftsleben zunächst beteiligten Kreise. Allerdings man hatte einen beredten Warner vor den Folgen ungesunder auf künstlichen Spekulationen beruhenden Manipulationen im Wirtschaftsleben. Dieser Warner war Amerika. Da hatte schon wieder das Jahr 1909 eine Konjunktur gebracht, welche den Glauben an eine demnächst wieder eintretende Hochkonjunktur keineswegs anders erscheinen ließ. Denn es hatte anders kommen! Es zeigte sich, daß der wirtschaftliche Niedergang doch mannigfacher war als man geglaubt hatte. Die Roheisenerzeugung wies in den ersten Monaten des Jahres gewaltige Summen auf — sie sank weit unter die normale Leistungsfähigkeit der Industrie; in der Stahlbranche sah es auch nicht besser aus — auch hier, wie wir das letzte Mal gehört haben, folgte der überspannten Produktion ein gewaltiger Rückgang, der den Werken nur noch eine Beschäftigung bis zu 50 Prozent ihrer Leistungsfähigkeit erlaubt. An der Börse gestalteten sich die Verhältnisse nicht besser. Es herrscht hier nach anfänglichen Hochkursen eine Stagnation, die ein beredter Ausdruck von der Müdigkeit und Abspannung des ganzen Wirtschaftslebens ist.

Forscht man nach den Gründen dieser Erscheinung, so kommt man sicherlich auf die wirtschaftlich ebenso interessanten wie verderblichen Monopolbildungen, die wir „Trusts" nennen. Das ganze amerikanische Wirtschaftsleben seufzt unter dem Terrorismus einiger Dutzend Dollarkönige. Da ist es denn kein Wunder, wenn die Unternehmungslust gehemmt ist! Das um so weniger als die Preisbildung der Trusts alles andere als unter dem Gesichtswinkel einer großen volkswirtschaftlichen Politik erfolgt. Die Trusts nützen ihre Monopole nur zu ihrem Vorteil aus, kein Wunder, daß schließlich die Kaufkraft des ganzen Landes unter der von ihnen verursachten Teuerung zu leiden hat.

Als ein beunruhigendes Moment muß es auch angesehen werden, daß von Seiten des Staates fortwährend Maßnahmen gegen die allmächtigen Trusts angekündigt werden. Wenn diese auch nicht allzu ernst aufzufassen sind, so tragen sie doch ein gewisses Moment der Unsicherheit in das Wirtschaftsleben dieses Landes. Im Interesse des Landes wäre ein energisches Eingreifen des Staates durchaus angebracht.

Deutschland hat einen derartigen Rücksturz im Wirtschaftsleben nicht erfahren. Die aufsteigende Tendenz nimmt ihren Fortgang. Hierbei ist allerdings eine Gefahr, die für unser Wirtschaftsleben das Gleiche bedeuten kann, wie für das amerikanische die Trusts. Es ist nicht zu verkennen, daß die Syndikate eine immer größere Bedeutung einnehmen. Sie sind deshalb in der Lage, einen ganz enormen Einfluß auf unser Wirtschaftsleben auszuüben. Wir haben schon früher gehört, wie die Frage der Beteiligungsziffer im Stahlwerksverband sofort seine Welle an der Börse geworfen hat, obgleich er doch erst im Jahre 1912 sein Ende erreicht. Ebenso steht es mit dem Kohlensyndikat, das gar bis 1915 geschlossen ist. Innerhalb dieser beiden großen Verbände hat sich auch in diesem Jahr ein Kampf abgespielt, dessen Ende vorerst noch nicht abzusehen ist. Es ist der Kampf einmal der gemischten Werke gegen die reinen und dann der Kampf um die Beteiligungsziffer oder besser der Kampf der Großen gegen die Kleinen. Obgleich die Kohlenproduktion des Syndikats eine Summe erreicht hat wie nie zuvor — was wahrscheinlich auch mit der Sammlung von Lagerbeständen im Falle eines Streiks zusammenhängt — so war die Beschäftigung der reinen Zechen keineswegs glänzend. Feierschichten waren nichts Seltenes.

Auch die Produktion in der Eisenindustrie weist Rekordzahlen auf. Dabei muß aber hervorgehoben werden, daß die Preise nach anfänglicher Erhöhung wieder herabgesetzt werden mußten. Die Folge davon ist, daß die großen Werke ihren Umsatz noch erhöhen oder doch darnach streben, wie die neuesten Anträge im Stahlwerksverband beweisen. Je größer das Werk, um so größer wird bei den niedrigen Preisen der Gewinn sein, weil die Höhe des Umsatzes diesen ausgleicht. Das ist aber bei kleineren Werken nicht möglich. Wir haben ja auch an praktischen Beispielen gesehen, wie gut die großen gemischten Werke abgeschnitten haben.

In diesem Zusammenhang dürfte übrigens interessieren, wie sich heute die Beteiligungsziffern im Stahlwerksverbande stellen und wie sie sich seit Erneuerung des Verbandes 1907 entwickelt haben. Wir folgen dabei den Angaben der Kölnischen Zeitung.

Die Beteiligungsziffern betrugen (in Tonnen):

	1. Jan. 1907	1. April 1910	1. Jan. 1911
Halbzeug	1 348 755	1 382 893	1 418 378
Eisenb.-Oberbaumat	2 381 765	2 420 122	2 432 122
Formeisen	2 323 564	2 421 483	2 420 998
Zus. Prod. A	6 054 084	6 224 498	6 271 498
Halbzeug f. Schlesien	49 600	62 333	62 533
Stabeisen	3 304 991	3 477 766	3 493 996
Walzdraht	741 806	730 658	751 999
Bleche	960 827	973 494	1 028 794
Röhren	138 672	146 672	221 839
Guß- u. Schmiedestücke	622 237	641 196	638 196
Zus. Prod. B.	5 817 533	6 032 119	6 197 157

Demnach hat die Ziffer der A-Produkte von 1907 bis 1911 um 217 414 To. zugenommen, die der B-Produkte um 379 624 To.

Die elektrische Industrie ist diejenige, die von dem allgemeinen wirtschaftlichen Niedergange am wenigsten berührt wurde. Ihr Interesse ist mit dem so vieler anderer Industrien verknüpft, daß nach ihren Produkten immer Nachfrage bestand. Dazu kommt noch, daß gerade sie ihr Anwendungsgebiet fast täglich vergrößert. Drei große Interessengruppen bestanden bis zum letzten Jahr in der Elektrizitätsindustrie, die Siemens-Schuckert-Werke, die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft und die Felten-Guilleaume-Lameyerwerke. Letztere haben sich nun an die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft angeschlossen, die ihr Kapital von 100 Millionen auf 130 erhöhte. Also auch in dieser Industrie sahen wir eine fortschreitende Syndizierung. Die Frankf. Ztg. kündigt einen deutschen Elektrizitäts-Trust an, der nicht mehr fern sein könne, da zwischen den beiden großen Vertretungen jetzt schon zahlreiche verbindende Fäden vorhanden wären.

Wegen des allgemeinen Interesses, das es verdient, darf ich hier wohl anführen, daß die genannte Zeitung auch von einer bevorstehenden Syndikatsvereinigung im oberrheinischen Mühlengewerbe zu berichten weiß. Die süddeutschen Mühlen, die am Oberrhein liegen, sind für die gesamte Produktion von der größten Bedeutung. Das neue Syndikat soll einmal die Produktion der einzelnen Mühlenwerke kontingentieren und dann für ihre Produkte einen Mindestpreis festsetzen. Ein hervorragender Zweck dürfte sein, die Absatzgebiete der einzelnen Gruppen zu begrenzen. Es ist nicht zu leugnen, daß sich die Mühlen die schwerste Konkurrenz machen und daß die Lage mancher gerade keine glänzende ist. Was hier aber erstrebt wird, ist eine vollständige Ausschaltung jeder Konkurrenz, denn bedeutende Außenseiter werden sich wohl kaum finden. Die Frankfurter Zeitung knüpft an ihren Bericht die Mahnung, daß sich der zu gründende Verband jedes Mißbrauchs seiner Macht enthalten müsse, da es sich um das wichtigste Volksernährungsmittel handle. Ob die Preispolitik dieses Syndikats sich unter Berücksichtigung dieses Gesichtspunktes entwickelt? Kann sein, aber wir glauben es bis jetzt noch nicht. Die Preispolitik der vorhandenen Syndikate, insbesondere die des Kohlensyndikats läßt diesen Zweifel wohl als gerechtfertigt erscheinen.

Kein unwichtiges Merkmal für die Beurteilung einer Wirtschaftsperiode bildet der Geld- und Kapitalmarkt, da von seiner Gestaltung die Errichtung neuer Unternehmen oder die Erweiterung schon bestehender wesentlich abhängt. Das Jahr 1907 hat eine Geldknappheit, eine Ueberspannung des Kredits gezeigt, wie noch kaum in einem früheren Jahre. Ueber 7% betrug damals der Diskontsatz der Reichsbank, d. h. diese nahm nur Wechsel an um bares Geld gegen einen Abzug von über 7%. Die Geldnot ist seit dieser Zeit ganz eigentlich nicht geschwunden, eine Ueberspannung des Kreditos ist immer noch vorhanden. Die Reichsbank hat darnach gehandelt. 5% betrug der Diskont bei Beginn des Jahres 1910, bald wurde er aber auf 4% ermäßigt, bei denen es blieb bis zum September. Um allzu starken Anspruch in den Herbst- und Wintermonaten zu vermeiden, wurde er wieder auf 5% heraufgesetzt. Man darf wohl erwarten, daß sich nach Abwickelung der zahlreichen Geschäfte, welche der Jahresschluß immer mit sich bringt, bei geringerer Inanspruchnahme der Reichsbank diese den Satz wieder etwas ermäßigt.

Wie ist nun die Diskontpolitik zu beurteilen? Was ist denn überhaupt Diskont? Unter Diskont versteht man den Abzug, den derjenige, der eine später fällige Forderung (etwa einen noch nicht fälligen Wechsel), kauft, von dem Betrage, auf den diese lautet, zurückbehält bezw. beansprucht. Denken wir uns folgenden Fall: Ein Wechsel, der, heute ausgestellt, auf 1. Juli fällig ist, lautet auf 1000 Mk. Der Besitzer des Wechsels braucht aber schon heute notwendig Geld. Er bringt deshalb den Wechsel zur Bank, die ihn diskontiert, d. h. sie gibt ihm die 1000 Mk., zieht aber von dieser Summe einen bestimmten Betrag ab, sagen wir 5%. Es ist dies nichts anderes, als eine Vorwegnahme des Zinses, da die Bank ja ihr Geld erst wieder am 1. Juli erhält, wenn sie nicht vorzieht, den Wechsel in Zahlung zu geben. Welche Bedeutung hat nun der Diskont? Von ihm hängt das ganze Wirtschaftsleben wesentlich ab. Hat nämlich die Bank viel flüssiges Geld, so ist sie bestrebt, dieses verzinslich anzulegen; sie wählt hierzu einen niederen Diskontsatz. Denn bei — sagen wir 3% wird jeder Wechselinhaber seinen Wechsel diskontieren lassen, weil er gegen den geringen Abzug von 3% bares Geld erhält, daß er vielleicht nutzbringender verwerten kann. Umgekehrt hat die Bank selbst wenig Bargeld, so erhöht sie den Diskontsatz. Gegen den hohen Abzug, der nun bei Diskontierung des Wechsels eintritt, sind nur wenige bereit und nur solche, die bares Geld unbedingt brauchen, ihren Wechsel an die Bank zu bringen. Dies ist der gewollte Zweck jeder Diskonterhöhung, den die Reichsbank vornimmt. Sie ist also nichts weiter als ein Warnruf an alle im Wirtschaftsleben Stehenden. Seid vorsichtig, das Geld ist rar! Geht in keine allzu großen Unternehmungen ein, bei denen ihr viel bares Geld benötigt, leicht könnt ihr den nötigen Kredit nicht erhalten und das wäre der wirtschaftliche Ruin!

Die deutsche Volkswirtschaft hat es gelernt, auf diesen Warner zu hören und ihn zu befolgen. Das ganze letzte Jahr war eine fortgesetzte Warnung der Reichsbank vor allzu starker Inanspruchnahme des Kredits. Die Höhe des Diskontsatzes war zwar nicht übermäßig hoch, doch auch nicht so niedrig, als daß er zu besonderer Unternehmungslust hätte führen müssen. Dazu kam noch, daß die Privatbanken nicht allzu sehr von dem Satz der Reichsbank abwichen.

Welches war nun der praktische Erfolg dieser Maßnahmen? Die Summe der Emissionen ist gegen 1908 und 1909 bedeutend zurückgegangen. Dazu trägt allerdings die Zurückhaltung unserer politischen Körperschaften vielleicht mehr bei als die fehlende Unternehmungslust. Die Emission deutscher Staatsanleihen blieb über 440 Millionen hinter dem Vorjahr zurück. Der Anspruch der Städte und Provinzen bleibt hinter dem Vorjahr mit ca. 146 Millionen zurück rc. Auch die Emmission an industriellen Werten zeigt einen starken Rückgang gegen das letzte Jahr. Dagegen ist es zweifellos, daß sich besonders im 4. Quartal des verflossenen Jahres wieder allenthalben rege Unternehmungslust besonders in der Hütten- und Montanindustrie zeigte, während sie einen Rückgang in der Metallindustrie gegen die gleiche Zeit des letzten Jahres aufweist. Wir können die Vorsicht, die sich doch überall zeigt, nur begrüßen. Eine Ueberproduktion, die besonders in der Eisenbranche sehr nahe liegt, tritt dann hoffentlich nicht so rasch wieder ein.

Werfen wir, bevor wir unsere Rückschau auf das Wirtschaftsjahr 1910 schließen, noch einen kurzen Blick auf die Verhältnisse, die gerade den Arbeiter am meisten interessieren müssen! Das Jahr 1910 hat unzweifelhaft die Lebenshaltung des Arbeiters gedrückt. Da ist in erster Linie die Fleischteuerung zu erwähnen, die besonders gegen Ende des Jahres eingesetzt hat. Die Fleischpreise gelangten zu einer Höhe wie kaum vorher. Die Erscheinung war international. Dem Ruf nach Oeffnung der Grenzen wurde in beschränktem Umfange entsprochen und Tatsache ist, daß hierauf eine kleine Ermäßigung der Fleischpreise eintrat. Allerdings können diese noch keineswegs als normal bezeichnet werden.

Dazu kommen noch weitere keineswegs günstige Aussichten, die sich aus dem Ausfall unserer Ernten ergeben. Die Preise in den wichtigsten Getreidesorten werden ja wohl kaum durch den schlechten Ausfall der Ernte beeinflußt werden, eine andere für die deutsche Volkswirtschaft, nicht minder schädliche Folge wird sie haben: die Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung ist eminent geschwächt; in manchen Gegenden insbesondere, wo der Weinbau zu Hause ist, herrscht der größte Notstand; eine mißliche Lage der landwirtschaftlichen Bevölkerung hat der Industrie noch allemal schwer geschadet. Der mißliche Ausfall der Kartoffelernte, den ja jeder an den vermehrten Unkosten spüren, gibt das kaiserliche statistische Amt in folgenden Zahlen: Die Kartoffelernte betrug 1906: 42 436 702 To.; 1907: 45 558 299 To.; 1908: 46 312 725 To.; 1909: 46 796 252 To.; und 1910: 43 468 395 To., also ein Ausfall gegen das Vorjahr um nahezu 3 000 000 To.

Ein wichtiges Gebiet konnten wir dieses Mal nicht behandeln: die Gestaltung des Arbeitsmarktes im verflossenen Jahr. Die Besprechung bleibt der nächsten Rundschau vorbehalten. Nur das eine: auch auf dem Arbeitsmarkt zeigt sich eine wesentliche Besserung gegen die vorhergehenden Jahre.

Diese Tatsache paßt zu dem Gesamteindruck, den wir im allgemeinen von der wirtschaftlichen Entwicklung des Jahres 1910 gewonnen haben: ohne Ueberhastung steigende Tendenz der Konjunktur, die auf solider Basis wirtschaftlicher Vorgänge beruht. Der solide Untergrund, den jetzt das Wirtschaftsleben aufweist, läßt uns die zuversichtliche Hoffnung aussprechen, daß das neue Jahr eine wirtschaftlich steigende Entwicklung bringen wird, in der mit der gleichen Vorsicht und mit der gleichen Rücksicht auf die vorhandenen beeinflussenden Umstände vorgegangen wird, wie im letzten Jahr.

Mehr Mitarbeiter.

(Schluß.)

Mittel und Wege.

Nun aber die Frage: wie ist der nötige Stab von Mitarbeitern zu finden, heranzubilden und zu erhalten? Allgemeine Gesichtspunkte zur Beantwortung dieser Frage sind in den vorhergehenden Darlegungen schon enthalten. Die Hauptsache dabei ist und bleibt die Erziehung zum Idealismus und seiner Betätigung im praktischen Leben durch Solidarität, persönliche Hingabe für die Gesamtheit, Arbeitsfreudigkeit nicht für Lohn, sondern um der Sache willen. Egoisten werden niemals das mühevolle Amt eines Vertrauensmannes übernehmen, oder sie müssen in klingender Münze hinreichend dafür entschädigt werden. Mehr Mitarbeiter heißt also in anderer Umschreibung: Mehr Idealismus, weniger Selbstsucht und Egoismus. Die Erziehung der Massen in diesem Sinne ist eine der vornehmsten Aufgaben aller führenden Kräfte in unserer Bewegung und wird es für alle Zukunft bleiben.

Das ist jedoch nur die allgemeine Richtlinie, die Zusammenfassung der Arbeit auf diesem Gebiete in einen kurzen Satz. An dieser Stelle soll auch auf nähere Einzelheiten dieser wichtigen Frage eingegangen werden. In der Praxis wird die Gewinnung und Erhaltung der nötigen Mitarbeiter vornehmlich Aufgabe der Beamten (Bezirksleiter und Lokalbeamten) und örtlichen Führer sein. Von den Spitzen unserer Organisationen, Zentralvorständen, Verbandszeitungen rc. kann nur Erziehung im allgemeinen betrieben, da kann nur gedrängt, ermuntert und angespornt werden. Die örtlichen Führer aber müssen die hier angegebenen Richtlinien zur Grundlage praktischer Erfolge gestalten.

Dazu stehen eine Reihe von Mitteln zur Verfügung. In den Versammlungen, Unterrichtskursen oder sonstigen Zusammenkünften muß der verantwortliche örtliche Funktionär stets seine Augen und Ohren offen halten auf der Suche nach neuen geeigneten Mitarbeitern. Einen einzigen rührigen Vertrauensmann zu gewinnen, bedeutet für die Bewegung oft viel mehr wie ein Dutzend oder gar ein halbes Hundert neuer Mitglieder, die leider nur allzu häufig nur Eintagsfliegen sind. Glaubt man einen geeigneten Kollegen entdeckt zu haben, so muß er in der richtigen Art und Weise für das zugedachte Amt gewonnen und vorbereitet werden. Eine gute Dosis Menschenkenntnis ist hier wenn nicht gar unerläßlich, so doch äußerst notwendig und fruchtbringend. Der eine Kollege muß auf diese, der andere auf jene Art gewonnen und warm gehalten werden. Schablonisieren wird hier keinen Schritt weiter bringen.

Im täglichen Verkehr mit den Mitgliedern bietet sich den örtlichen Führern eine weitere günstige Gelegenheit, geeignete Kräfte ausfindig und zur tätigen Mitarbeit willfährig zu machen. Es gibt noch ungezählte ideal veranlagte Mitglieder in unseren Reihen, die aber niemals in Versammlungen oder Sitzungen hervortreten, die scheu oder bescheiden im Hintergrund bleiben, aber zur praktischen Arbeit im Dienste der gemeinsamen Sache gern bereit wären, wenn sie herangezogen, ermuntert und angespornt würden. Gerade unter diesen Kollegen finden sich die besten, unermüdlichen und selbstlosesten Arbeitsbienen. Sie kommen aber nicht von selbst, sondern müssen gesucht und zur Arbeit angespornt werden. Wo ist das besser möglich als im alltäglichen Verkehr!

Bei diesem steten Suchen nach Mitarbeitern darf sich der örtliche Führer aber nicht auf sich allein beschränken, sondern er muß die übrigen Funktionäre — Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner — alle in diesem Sinne instruieren und tätig erhalten. Der Beamte oder Ortsgruppenvorsitzende kommt nicht auf den Arbeitsstellen mit den Kollegen zusammen, in größeren Ortsgruppen kann er die einzelnen Mitglieder nicht einmal alle persönlich kennen, ihre Veranlagungen und Charakterzüge nicht selbst studieren, somit auch nicht wissen, wer sich zum Vertrauensmann eignet oder nicht. Hier müssen deshalb möglichst viele Kollegen die örtliche Leitung unterstützen, ihr Vorschläge machen und auf der Suche nach neuen Mitarbeitern mithelfen und nicht erlahmen.

Wenn auf diese Art und Weise gearbeitet wird, muß es in allen Ortsgruppen möglich sein, die nötige Anzahl von nötigen Mitarbeitern zu gewinnen. Aber nicht die Zahl allein kommt hier in Betracht, sondern es ist auch auf die Qualität der Persönlichkeiten der allergrößte Wert zu legen. Nicht jedes erstbeste Mitglied ist für dieses mühevolle und oft verantwortungsvolle Amt geeignet. Bei der Auswahl der Personen ist deshalb Vorsicht anzuwenden. Es ist ein Unding, wenn Vertrauensmänner z. B. durch Zufallswahlen in Mitgliederversammlungen zu ihrem Posten berufen werden. Da läßt sich mancher vielleicht überreden, übernimmt einen Posten, ohne mit dem Herzen bei der Sache zu sein. Nachher versagt er aber in der Praxis und das Ende ist in solchen Fällen in der Regel schlimmer wie der Anfang. Wenn eine formelle Wahl der Vertrauensmänner durch die Mitgliederversammlungen üblich ist, dann muß aber vorher schon eine Auswahl der Kandidaten getroffen sein, wovon ausgehend alsdann Vorschläge zu unterbreiten sind.

Ebenso falsch wie das Sichverlassen auf etwaige Zufallswahlen ist es, jeden sich freiwillig Meldenden unbesehen mit einem solchem Amte zu betrauen. Es gibt nicht wenige Kollegen, die im ersten Rausch der Begeisterung zu allem bereit sind; andere, die sich aus Ehrgeiz vordrängen möchten, die aber später den gestellten Anforderungen in keiner Weise entsprechen, die später durch ihre mangelhafte Arbeit Verwirrung und Mißstimmung in die ihnen zugeteilten Mitglieder tragen, die Finanzgeschäfte in Unordnung bringen, der Ortsverwaltung nur Aerger und Schwierigkeiten bereiten und so praktisch das Gegenteil von dem erzielen, was von einem tüchtigen Vertrauensmann erwartet werden muß.

Allen, die sich zur Uebernahme einer Funktionärstelle bereit erklären, muß vorher unzweideutig die Bedeutung und Verantwortung des Postens klargemacht werden. 1. Daß es weder eine Belohnung in klingender Münze noch Orden und Ehrenzeichen für eine solche Arbeit geben kann. Der einzige — aber gleichzeitig auch der schönste — Lohn ist die innere Befriedigung über die freiwillig geleistete Arbeit im Dienste einer großen Sache und die Anerkennung dieser Dienste seitens aller rechtdenkenden Kollegen und Arbeiterfreunde. 2. Daß von der pflichttreuen Arbeit jedes einzelnen Vertrauensmannes die Entwicklung und damit auch der Erfolg unserer Gewerkschaftsbewegung abhängig ist. Daß es ferner für die Arbeitersache besser ist, er lehnt die Uebernahme des Postens ab, wenn er nicht den guten Willen und festen Vorsatz hat, die Arbeit mit Pflichttreue und Beharrlichkeit zum Nutzen der Organisation auszuführen.

Leute, die nur einen Anlauf nehmen und nach kurzer Zeit schon verdrossen die Flinte ins Korn werfen, schaden unserer Bewegung viel mehr wie sie nützen können. Wenn das allen neuen Mitarbeitern vor der Uebernahme des Postens klar gemacht und ihnen die einzelnen Pflichten des Amtes eingeschärft werden, dann können sie wenigstens nicht mit falschen Anschauungen und allen möglichen Illusionen an die Arbeit herantreten, die ihnen sonst nur Enttäuschungen mit baldiger Arbeitsmüdigkeit bringen würde.

Bei der

Auswahl und Erziehung der Mitarbeiter,

insbesondere der Vertrauensmänner, ist auf folgende Eigenschaften und Charakterzüge besonderes Gewicht zu legen:

1. Pflichttreue und Gewissenhaftigkeit. Der Gewerkschaftsfunktionär muß seinen Posten als moralische Pflicht betrachten, nachdem er sich zu dieser Arbeit bereit erklärt hat. Nichts darf ihn von der Erfüllung dieser Pflicht abhalten. Er muß ferner das Eigentum des Verbandes mit der größten Gewissenhaftigkeit verwalten; ihm selbst muß es unantastbar sein und andern gegenüber hat er die Sache des Verbandes zu wahren, als ob es seine eigene persönliche wäre.

2. Selbstlosigkeit und Ausdauer. Nur das Interesse der Berufskollegen, der Idealismus für die allgemeinen Bestrebungen seines Standes sind dem richtigen Vertrauensmann die Motive seiner Arbeit. Erst darin zeigt sich die ganze Größe wahrer Opferwilligkeit. Was bedeuten die Opfer regelmäßiger Wochenbeiträge gegenüber der persönlichen Hingabe für die Gesamtheit! Und aus diesem idealen Motiv muß auch die Beharrlichkeit bei der mühevollen Arbeit ihre Nahrung finden. Mühen, Aerger, Undank, kurzsichtiger Elemente rc. werden nicht imstande sein, einen vollwertigen Mitarbeiter irre und müde zu machen.

3. Pünktlichkeit und Ordnungssinn. Die meisten Verbände klagen über einen viel zu starken Mitgliederwechsel. Wer kann diesem Uebel besser abhelfen als das Heer unserer Vertrauensmänner, wenn sie ihre Arbeit mit größter Pünktlichkeit verrichten. Tausende von neuen Mitgliedern sind schon verloren gegangen, weil sie — verbummelt wurden. Regelmäßig und pünktlich jede Woche den Beitrag einkassieren, pünktlich mit der Ortsverwaltung abrechnen, dann wird die starke Fluktuation nachlassen und auch Pünktlichkeit und Ordnung bis in die Zentralverwaltungen der einzelnen Verbände hinein leicht möglich gemacht.

4. Intelligenz und Schlagfertigkeit. Der Vertrauensmann kommt mit vielen Mitgliedern und Unorganisierten in Berührung, die man niemals oder selten in Versammlungen zu Gesicht bekommt.

Auf diese kann er einwirken, sie belehren, aufklären, Vorurteile beseitigen, wenn er eben selbst die nötigen Kenntnisse besitzt. Er ist so gleichsam der wandernde Apostel der Organisation, die durch ihn in den entlegensten Winkel der Lauheit und des Indifferentismus hineinleuchten kann. Der Vertrauensmann ist ferner der legitimierte Anwalt seiner Organisation, die er gegen alle Angriffe von gegnerischer Seite zu verteidigen hat. Auf die Schulung und Weiterbildung der Mitarbeiter muß deshalb die größte Sorgfalt verwendet werden.

5. Kollegiale, würdige Umgangsformen. Wir brauchen in unserer Arbeiterbewegung keine übertünchte, gigerlhafte Höflichkeit, aber Grobiane mit ungeschlachten Manieren können wir ebenso wenig als Funktionäre verwenden. Wesen und Charakter einer Organisation wird vielfach nach dem Auftreten ihrer Vertreter und Sendboten beurteilt. Das geschieht besonders in den Arbeiterfamilien, wo die Vertrauensmänner aus- und eingehen. Hier wie im allgemeinen gilt es also zunächst, das Ansehen und die Würde der Organisation zu wahren. Der Gewerkschaftsfunktionär soll überhaupt nicht abstoßen, sondern anziehen, weil sein Amt doch die Erhaltung der vorhandenen und die Werbung neuer Anhänger bezweckt. Ein freundliches, würdevolles Benehmen, das Achtung und Zuneigung erweckt, ist dazu aber unerläßlich.

6. Keine Hyperempfindlichkeit. Allzu zart besaitete Naturen eignen sich zu gewerkschaftlichen Mitarbeitern ebensowenig wie ungebildete Grobiane. Dem Vertrauensmann treten bei seiner Arbeit fortwährend Widerwärtigkeiten in den Weg. Seine Mühen und Opfer werden von kurzsichtigen oder boshaften Elementen oft noch mit Undank belohnt. In seiner Familie macht man ihm vielleicht Vorwürfe, an anderen Stellen traktiert man ihn mit Grobheiten, sodaß es wahrlich eines hohen Idealismus und einer unerschütterlichen Arbeitsfreudigkeit bedarf, trotz aller Unannehmlichkeiten nicht zu erlahmen. Gerade in solchen Situationen — und welchem Vertrauensmann bleiben sie erspart? — zeigt sich die Größe des Einzelnen und die Kraft der Ideale, von der unsere christliche Arbeiterbewegung getragen wird.

Das sind die Haupteigenschaften, die bei einem praktisch mitarbeitenden Gewerkschaftler notwendig vorhanden sein müssen. Es sind zum Teil Charakterveranlagungen, die angeboren sein müssen, zum größten Teil aber Eigenschaften, die durch eine systematische Erziehung und Schulung zu erreichen sind. Wenn dies nur überall in der richtigen Weise verwirklicht würde, hätten wir weniger über Mangel an tüchtigen Mitarbeitern zu klagen.

Erhaltung der Mitarbeiter.

Nun noch ein Wort zu der ebenso wichtigen Frage: Wie halten wir die einmal gewonnenen Mitarbeiter arbeitsfreudig? Tatsache ist nämlich, daß häufig unter ihnen ein sehr starker Wechsel stattfindet, der unserer Weiterentwicklung sehr nachteilig ist. Das zu verhindern, hier zu bessern, ist wieder eine äußerst wichtige Aufgabe der Beamten und Ortsvorstände.

Notwendig ist vor allem, den Idealismus, die Begeisterung für unsere gemeinsame Sache wach zu halten, zu nähren und zu befruchten. Darin liegt der Kernpunkt der ganzen Frage. Diese Arbeit wird sich in der Regel aber gleichzeitig auf die ganze Mitgliedschaft erstrecken, sodaß hier von einer getrennten Erziehungsarbeit nur in großen Ortsverwaltungen die Rede sein wird. Auf anderen Gebieten ist dem Stab der Mitarbeiter aber eine besondere Erziehungsarbeit zu widmen. In größeren Ortsgruppen empfiehlt es sich, regelmäßige Vertrauensmännerversammlungen abzuhalten, wo nicht nur Fragen der Organisationspraxis, sondern auch prinzipielle Thematas behandelt werden können. Bei wichtigen örtlichen Fragen können die Vertrauensmänner auch zu den Vorstandssitzungen zugezogen werden, um ihnen zu zeigen, daß sie nicht nur mittaten, sondern auch mitraten sollen. In manchen Städten hat man auch schon seitens der Ortskartelle Versuche mit kombinierten Vertrauensmännerversammlungen gemacht, die hauptsächlich einen erzieherischen und bildenden Zweck verfolgten. Vorbedingung für den Erfolg solcher Veranstaltungen ist eine gründliche Vorbereitung, die einen inhaltvollen Verlauf verbürgt. Im andern Falle sind sie zwecklos oder gar nachteilig.

Von besonderer Wichtigkeit ist es ferner, darauf hinzuwirken, daß möglichst alle Vertrauensmänner an den gebotenen Bildungsmöglichkeiten, wie Unterrichtskursen rc. teilnehmen. Wie notwendig die Schulung und Weiterbildung der praktisch tätigen Mitarbeiter ist, geht aus den ganzen bisherigen Darlegungen hervor.

Eine in vielen Ortsgruppen schon akut gewordene Frage ist die: Soll die Arbeit der Vertrauensmänner entschädigt werden? Im Prinzip muß diese Frage mit nein beantwortet werden. Die in der Gewerkschaftspraxis notwendige Kleinarbeit kann niemals wie andere Arbeit bezahlt werden, wenn die Gewerkschaften ihre stärksten inneren Triebkräfte — Idealismus und Gemeinsinn — nicht gefährden, schließlich ertöten und so ihr ganzes Organisationsgebäude ins Wanken bringen wollen. Die tagtägliche Kleinarbeit kann auch schon deshalb nicht vollwertig bezahlt werden, weil sonst die Einnahmen kaum dazu reichen und für die eigentlichen Gewerkschaftszwecke nichts mehr übrig bleiben würde. Es sprechen mithin sowohl wichtige ideelle wie materielle Gründe gegen eine Bezahlung dieser Arbeit.

Leider ist man schon in manchen Ortsgruppen in dieser Frage dem materialistischen Zug der Zeit ziemlich weit entgegen gekommen, nicht zum Nutzen unserer Bewegung. Der beste, ideale Zustand ist, wo die Kollegen die Arbeit ohne materielle Entschädigung, nur im Interesse der gemeinsamen Sache zu tun bereit sind. Mit einer solchen Truppe sind auch prinzipielle Kämpfe durchzuführen, wie agitatorische Erfolge zu erzielen. Also keine Bezahlung der tagtäglichen gewerkschaftlichen Kleinarbeit, das muß Prinzip sein und bleiben. Selbstverständlich ist hingegen, daß den mitarbeitenden Kollegen ihre entstehenden Barauslagen ersetzt werden. Man kann nicht verlangen, daß sie zu ihrer Arbeit und Mühe auch noch besondere materielle Opfer bringen.

Ebenso angebracht ist es, den eifrigen Arbeitsbienen ein kleines Präsent — etwa am Jahresschluß ein Buch oder sonstiges Geschenk — als Zeichen der Dankbarkeit und Anerkennung für die treue Mitarbeit zu überreichen. Das wird einen nachhaltigern Einfluß hinterlassen wie eine materielle Entschädigung, nach klingender Münze und Prozenten berechnet.

Mit der prinzipiellen Anerkennung und dem wohlverdienten Dank darf überhaupt nicht zurückgehalten werden. Bei Quartals- oder Jahresgeneral-Versammlungen muß diese Anerkennung den eifrigen Mitarbeitern auch ausgesprochen und ihre Tätigkeit als anfeuerndes Beispiel hingestellt werden. Das, wie die innere Befriedigung wird ihnen Lohn genug sein und neue Spannkraft und Begeisterung zur Weiterarbeit verleihen.

Um die fleißigen Mitglieder arbeitsfreudig zu erhalten, ist eine Ueberlastung möglichst zu vermeiden. Wie viel und wie schwer wird hier nicht gesündigt! Einem Esel, der willig trägt, ladet man immer mehr auf, bis er zusammenbricht. Aehnlich wie in diesem Bild geht's leider auch vielfach in unserer Arbeiterbewegung. Da gibt es fleißige Arbeitsbienen, die ein halbes Dutzend oder noch mehr Posten bekleiden; Vorstandsmitglied und Vertrauensmann in der Gewerkschaft, ebenso im Arbeiterverein, daneben als Gewerbegerichtsbeisitzer, Vertreter in einer Krankenkasse, Aufsichtsratmitglied im Konsumverein, Mitglied im Wahlkomitee oder Vorstand einer politischen Partei, vielleicht auch noch Delegierter zum Gewerkschaftskartell und wer weiß was sonst noch. Erstens ist's menschenunmöglich, daß einer alle diese Aemter so ausführen kann, wie es verlangt werden muß. Die Arbeit — entweder die eine oder andere — muß schwer darunter leiden. Zweitens wird ein so überlasteter Kollege entweder frühzeitig erlahmen und die Brocken alle hinwerfen oder sonst unter der vielfachen Bürde geistig oder körperlich zusammenbrechen. Sowohl das eine wie das andere ist für unsere Bewegung schädlich und gefährlich. Unsere verantwortlichen örtlichen Führer müssen deshalb besonderen Wert darauf legen, daß dem einzelnen Mitarbeiter nicht zu viel aufgebürdet wird. Wer bei uns in den Gewerkschaften Vertrauensmann ist, kann nicht auch noch in anderen Vereinen Posten annehmen, die viel Zeit und Arbeit erfordern. Eine gesunde Arbeitsteilung ist hier unbedingt notwendig, wenn wir die gewonnenen Mitarbeiter dauernd arbeitsfreudig und leistungsfähig erhalten wollen. Möge das mehr wie bisher beherzigt werden.

Unsere führenden Kräfte wie alle weiterdenkenden Kollegen sollen erneut aus diesen Darlegungen ersehen, welche Bedeutung dieser Frage beizumessen ist. Sie sollen ferner Anregung daraus schöpfen, wie diese Frage in der Praxis der Lösung näher zu bringen ist. Wie eine Armee nicht nur mit einem tüchtigen Heerführer an der Spitze Schlachten gewinnen kann, sondern auch über einen zahlreichen Stab von Offizieren verfügen muß, so bedürfen wir auch in unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung eines geschulten und schlagfertigen Korps von Offizieren und Unteroffizieren, von fleißigen Mitarbeitern, die jederzeit bereit sind, ihr ganzes Können und Wollen für die gemeinsame Sache einzusetzen. Gelingt es uns, diese Kämpfer in genügender Zahl heranzubilden und mit den Geisteswaffen unserer Bewegung vertraut zu machen, so braucht uns um die Zukunft nicht zu bangen.

Was unerreichbar ist, das rührt uns nicht.
Doch was erreichbar, sei uns gold'ne Pflicht.

Der Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamts für 1909.

III.

Invalidenversicherung.

Zunächst wird in dem Jahresbericht eine Uebersicht gegeben über den Stand der Invalidenversicherung im allgemeinen. Darnach sind in der Zeit vom 1. Januar 1891 bis 31. Dezember 1909 2 332 711 Rentenansprüche anerkannt worden. Davon kamen 1 748 137 auf Invalidenrenten, 103 192 auf Krankenrenten und 491 382 auf Altersrenten. Im Berichtsjahre selbst gelangten 138 980 Rentenansprüche (gegen 139 759 im Vorjahre) zur Anerkennung. Von diesen entfielen auf Invalidenrenten 115 264 (116 832), auf Krankenrenten 12 713 (11 951) und auf Altersrenten 11 003 (10 986). Die 1 014 449 am 1. Januar 1910 laufenden Renten setzen sich aus 893 585 Invaliden-, 18 502 Kranken- und 102 362 Altersrenten zusammen. Die angegebenen Zahlen sind durchweg um etwa 2 % zu hoch, weil nur die den Versicherungsträgern jeweilig bis zum Jahresschlusse bekannt gewordenen Todesfälle bei Ermittlung der Zahl der laufenden Renten berücksichtigt werden können: die Vergleichbarkeit leidet aber darunter nicht.

Die Gesamtzahl der festgesetzten Beitragserstattungen während der Jahre 1895 bis 1909 betrug 2 406 312 (mit 1 962 324 Fällen der Verheiratung, 6026 Unfällen und 437 962 Todesfällen), während im Berichtsjahre 186 557 (mit 148 454, 549 und 37 554) Beitragserstattungen anerkannt wurden. Der Gesamtbetrag der gezahlten Entschädigungen aus der Invalidenversicherung einschließlich des Reichszuschusses ist im Berichtsjahre auf etwa 190 Millionen Mark geschätzt und die Einnahme aus Beiträgen bei der Gesamtheit der Versicherungsträger auf etwa 187 Millionen Mark veranschlagt.

Das Vermögen der Versicherungsträger wird, wenn man bei den zugelassenen Kasseneinrichtungen nur den auf die reichsgesetzlichen Verpflichtungen entfallenden Teil berücksichtigt, bis Ende 1909 auf etwa 1575 Millionen Mark angewachsen sein.

Das Gesamtvermögen betrug am Schlusse des Jahres 1908 47,37 Millionen Mark. Gegen das Vorjahr ist dies eine Zunahme von fast vier Millionen Mark. Diese an sich erfreuliche Erscheinung hat ihre Ursache in dem Rückgang der Rentenbewilligungen. Die Berufungskommissionen sind daran auch nicht schuldlos.

Auch im Berichtsjahre hat das Reichsversicherungsamt wieder eine Reihe von Streitigkeiten, namentlich über die Versicherungspflicht, zu entscheiden gehabt. Ein früherer Tischlermeister, der von einer Handwerkskammer als Beauftragter auf Widerruf zur Ausübung von Revisionen von Handwerksbetrieben angenommen war und als Entschädigung außer Reisekosten Tagegelder bezog, wurde als ihr Angestellter angesehen und seine Versicherungspflicht bejaht. Dagegen ist ein Buchhalter, der für eine große Anzahl von Geschäftsleuten die Buchführung besorgte, seine Auftraggeber häufig wechselte und nicht bloße Einzelarbeit, sondern einen Arbeitserfolg zu leisten hatte, im Hinblick auf die mangelnde Beaufsichtigung und Einwirkung seiner überwiegend kaufmännisch nicht geschulten Auftraggeber, bei seinen fachmännischen Leistungen nicht zu den Handlungsgehilfen gerechnet und daher für nicht versicherungspflichtig erachtet worden. Die Eigenschaft eines selbständigen Unternehmers konnte nicht zugesprochen werden einem Gutsschmiede, da er in erster Linie seine Arbeitskraft der Gutsverwaltung zu widmen verpflichtet war und nicht nur Naturalien in erheblichem Umfange von ihr erhielt, sondern ihm auch Wohnung und Arbeitsstätte eingeräumt war.

Weiter kam in Frage die Unterscheidung zwischen Hausgewerbetreibenden und Heimarbeitern. Zu den ersteren wurde gerechnet eine Hutformennäherin, die diese Beschäftigung in ihrer Wohnung für zwei Firmen ausübte, sowie ein Schneider, der ebenfalls in seiner Wohnung für ein Herrengarderobengeschäft Jacketts anfertigte, und außerdem eine Bürsteneinzieherin, der welche Vorschriften über die Ausführung der ihr übertragenen Arbeiten nicht gemacht waren. In anderen Fällen war die Frage, welcher Klasse der versicherten Personen der Versicherte angehörte, streitig. Ein Mustermaler, der gegen ein Jahresgehalt von 2600 M. zugleich zur Beaufsichtigung der Lithographie und Druckerei angestellt war, aber eine beaufsichtigende oder leitende Tätigkeit tatsächlich nicht ausübte, wurde als nichtversicherungspflichtiger Techniker im Sinne des § 1 Ziffer 2 des Invalidenversicherungsgesetzes angesehen.

Ueber die Maßnahmen zur Heilfürsorge wird in der Hauptsache nur gutes berichtet. Der Aufwand dafür sei zwar fortgesetzt im Steigen. Aber „erfreulicherweise läßt sich auch feststellen, daß die Heilerfolge, welche durch die nach Art und Ort der Behandlung wie der sonstigen Fürsorge mannigfachen Maßnahmen erzielt werden, sowohl an Zahl als auch an Dauer des Bestandes fortgesetzt erheblich zunehmen. Vor allem gilt dies von der Lungentuberkulose, deren Bekämpfung die Träger der Invalidenversicherung sich von jeher besonders haben angelegen sein lassen. Hervorragende Sachkundige auf diesem Gebiete führen den unbestreitbaren Rückgang nicht nur der Sterblichkeit an Tuberkulose, sondern auch der Verbreitung dieser Seuche in Deutschland zu einem beträchtlichen Teile auf das Vorgehen der Träger der Invalidenversicherung und insbesondere auf die Heilstättenbehandlung zurück."

Dennoch haben sich in der Versicherungsordnungskommission Vertreter des Reichsamts des Innern mit großem Nachdruck gegen eine zuweitgehende Heilfürsorge gewendet, da schließlich die Renten der Versicherten gefährdet würden. Es wurde auch ein gewisses Aufsichtsrecht des Reichsversicherungsamts über diese Ausgaben durchgesetzt. Bei der Anerkennung der Heilfürsorge wird das Amt dieses Recht kaum dazu ausnützen, diese einzuschränken. Das Amt hat im Berichtsjahre auch die sehr vernünftige Entscheidung gefällt, daß bei Fortbezug des Gehalts während des Heilverfahrens die Gewährung der Angehörigenunterstützung nicht ausgeschlossen sein soll.

Die Invalidenhauspflege an Stelle der Rente wird immer mehr in Anspruch genommen. Im Jahre 1909 wurden nach vorläufigen Feststellungen im ganzen 2 828 Personen (2 008 Männer, 820 Frauen), darunter 718 (515 Männer, 203 Frauen) unheilbare Lungentuberkulose in 13 eigenen Anstalten, 4 gemieteten Häusern und in 310 von Dritten unterhaltenen Invaliden-, Siechen- und Krankenhäusern, Stiften, Spitälern, Anstalten für Alkoholkranke, Irrenanstalten usw. verpflegt. Außerdem sind ohne Vermittlung der Versicherungsanstalten noch 6 706 Personen (4 607 Männer, 2 099 Frauen) in Invalidenhäusern und ähnlichen Anstalten verpflegt worden.

Für Wohnungsfürsorgebestrebungen wurden 7,67 Millionen Mark bewilligt. Bis zum Schlusse des Jahres 1909 sind insgesamt aufgewendet worden: Zum Bau von Arbeiterfamilienwohnungen 263 699 014 M., zum Bau von Ledigenheimen 16 818 970 M., zusammen also zweihundertachtzig und eine halbe Million Mark. Zum Bau von Genesungsheimen, Krankenhäusern rc. wurden 85,5 Mill. M. aufgewendet. Zur Hebung der Viehzucht, Kulturarbeiten, zur Befriedigung des landwirtschaftlichen Kreditbedürfnisses wurden ausgegeben zusammen 102 872 137 M.

für Erziehung und Unterricht, Hebung der Volksbildung 71,7 Mill. M., für Wohlfahrtseinrichtungen überhaupt wurden im ganzen rund 390 Mill. M. hergegeben. Man sieht, das Geld der Invalidenversicherung wird für schlechte Zwecke nicht verwendet.

Auch Darlehen auf *Erbbaurecht* sind gewährt worden, sofern es sich um Wohnungsbauten auf Staats- oder Gemeindegrund handelte. Die gewährten Summen betragen zusammen jedoch noch keine halbe Million Mark.

Hinsichtlich der *Rechtsprechung* des R.-V.-A. ist zu bemerken, daß 6070 Revisionen in Vorlage gebracht wurden. Davon wurden durch Urteil erledigt 5433. Unter den Versicherungsanstalten steht in dieser Hinsicht Schlesien, aus deren Bezirk allein 1379 Revisionen eingingen, an der Spitze. Am häufigsten unter den 6070 Fragen, die in den 5433 durch Urteil erledigten Revisionen vorgekommen sind, war streitig, ob bereits Erwerbsunfähigkeit eingetreten oder wieder behoben war. Es waren das 51 Fälle von Hundert. Ueber die Frage: „*Wer ist erwerbsunfähig?*" sind einige bemerkenswerte Entscheide gefällt worden.

Eine landwirtschaftliche Arbeiterin, die zwar körperlich vollkommen rüstig ist, aber an Gesichtslupus leidet und ihres abschreckenden Aussehens wegen keine Arbeitsstelle findet, ist als erwerbsunfähig angesehen worden. Von der Arbeit unter Fremden war sie ausgeschlossen, eine versicherungspflichtige hausgewerbliche Tätigkeit kam für sie nicht in Frage. Dagegen wurde ein jüngerer Mann, der den linken Unterarm und ein Drittel des linken Oberarms verloren hatte und sonst gesund war, nicht als Invalide betrachtet. Obwohl zahlreiche Bescheinigungen von Industriellen und Gemeindevorstehern seines Wohnortes und dessen nächster Umgegend beigebracht waren, daß für ihn in dieser Gegend keine Arbeit zu finden sei, mußte er auf den vielgestaltigen Arbeitsmarkt einer Großstadt verwiesen werden. Eine landwirtschaftliche Arbeiterin hatte früher jahrzehntelang auf der Außenarbeit als Sachsengängerin einen wesentlich höheren Lohn, als an ihrem jetzigen Beschäftigungs- und Wohnorte bezogen, an dem dann aber noch jahrelang mit einer im wesentlichen ungeschwächten Arbeitskraft weiter gearbeitet hatte. Für sie ist der Grenzwert der Erwerbsunfähigkeit nach den Löhnen an diesem Orte bemessen worden. S. P.

Lohnzahlungsfristen und -Methoden in der Rheinisch-Westfälischen Großeisenindustrie.

Wie in so vielen anderen die Arbeiter betreffenden Dingen die Rheinisch-Westfälische Großeisenindustrie ein buntscheckiges Bild bietet — individuell nennen's die Industriekapitäne —, so auch in den Lohnzahlungsfristen und -Methoden. Otto Jeidels macht in seinen Untersuchungen über die Entlöhnungsmethoden hierüber folgende interessanten Ausführungen. Für 38 Fabriken der Rheinisch-Westfälischen Großindustrie wurde festgestellt, wie oft sie voll abrechneten und wie oft sie ausbezahlten. Von den 38 Fabriken zahlten aus:

32 zweimal monatlich,
1 dreimal monatlich,
5 viermal monatlich.

Dagegen rechneten voll ab:

18 zweimal monatlich,
14 einmal monatlich,
6 viermal monatlich.

Man sieht, daß die Zahl der Fabriken, die den verdienten Lohn nur einmal monatlich auszahlen, recht beträchtlich ist; da aber der Arbeiter nicht so lange von nichts oder von seinen geringen Ersparnissen leben kann, erhält er einmal monatlich eine Abschlagszahlung. Es ist nicht zu vergessen, daß der Arbeiter wie ein Verkäufer, der dem Käufer Kredit gibt, erst leistet und dann bezahlt wird, daß er aber während der Leistung leben muß. Angenommen, ein Arbeiter tritt am 1. des Monats ein, in der Fabrik besteht aber wie in fast allen rheinisch-westfälischen Hüttenwerken die Sitte, nur am 15. für den ganzen Vormonat abzurechnen; dann hätte der Arbeiter sechs Wochen auf seinen ersten Lohn zu warten. Wenn er aber während dieser Zeit auf Kredit kauft, kommt er während seiner ersten Arbeitsperiode in die Zwangslage, den Bäcker, Metzger usw. um Zahlungsaufschub über den Ersten hinaus, in den zweiten Monat hinein zu bitten; seine Ersparnisse, die bei der örtlichen Entfernung der Hüttenwerke für den Familienvater meist schon bei der Uebersiedelung draufgehen, würden ihm nicht weit helfen. Es ist daher eine Entstellung der Tatsachen, wenn die ganz allgemein übliche Abschlagszahlung mit dem sozialpolitischen Motiv begründet wird, daß es für den Arbeiter besser sei, nie den Lohn für vier Wochen auf einmal in die Hand zu bekommen, weil er mit soviel Geld nicht hauszuhalten wisse. Gerade umgekehrt: weil der Arbeiter nicht auf den ganzen Monatslohn warten kann, muß er schon nach der halben Zeit den ungefähren Halbmonatslohn als Abschlag bekommen; die Lohndüte ist aufrichtiger, indem sie die Abschlagszahlung als „Vorschuß" rubriziert. Die Frage ist also nicht, warum Abschlag gegeben, sondern, warum nicht für jeden Zahlungstermin auch abgerechnet wird.

Maßgebend für die Fabriken, die 14tägige Abrechnung nicht einzuführen, sind zwei Motive: Die Mehrerfordernis für Bureauarbeit und die allgemeine Arbeiterpolitik der Werke. Man will dem Arbeiter seinen Lohn vorenthalten um ihn fester ans Werk zu ketten.

Die Firma Krupp mit ihren 35 000 Arbeitern hat nicht nur die 14tägige Entlöhnung, sondern auch die 14tägige Abrechnung. Jeden Dienstag und Freitag ist Löhnung, bei der jedesmal ungefähr ¼ der Arbeiterschaft gelöhnt wird. Was dieser Riesenfirma möglich ist, sollte den anderen Werken doch auch möglich sein.

Jedenfalls wird es unsere Kollegen auch interessieren, wie die Löhnung der Arbeitermassen bei Krupp vor sich geht. Das ganze Riesenunternehmen ist in Ressorts eingeteilt mit einem einheitlichen Lohnbüro. Nehmen wir das sogenannte Kanonenressort heraus — bei den anderen geht es genau so. Jeden Morgen gibt der Arbeiter dem Meister seine Arbeit an. Auf dem Werkstattbüro werden die Löhne übertragen und am ersten Freitag abgeschlossen und addiert zum Lohnbüro geschickt. Hier wird der Lohn in Düten gefüllt, welche das Lohnbüro ausschreibt. Das Füllen der Düten geschieht folgendermaßen: Das Geld kommt von der Reichsbank und der Konsumanstalt in Säcken an und wird nicht gezählt, sondern gewogen, unter Berücksichtigung einer Abnützungsquote und des Sackgewichtes. Mit dem Geld werden die Lohnbeamten in ein durch Vorsteher von innen verriegeltes Zimmer gesperrt, in dem kein Fenster geöffnet werden darf. Das Einfüllen beschäftigt je 6 Mann, einer zählt das Geld auf die Lohndüte, einer zählt nach, zwei füllen ein, indem einer die Düte aufhält, der andere das Geld hineinwirft, einer schließt die Düte — nicht durch Zukleben, sondern durch Zusammenrollen des oberen Teils — und einer spielt Aufseher. Dann werden die Düten für jede Werkstatt bezw. Obermeisterabteilung in einen Kasten gepackt, welcher verschlossen wird. Zwei Lohnbeamte bringen ihn in den Betrieb und zwar so, daß der eine den Kasten und der andere den Schlüssel erhält; den Kasten tragen sie mit dem Meister an jede Arbeitsstelle und führen dann bei der Auszahlung die Kontrolle. Die Löhnung geschieht in diesem Ressort jeden zweiten Freitag, sodaß der Arbeiter also bei der vollen Löhnung noch für 6 Schichten Lohn stehen hat. Bei den Werken die nur einmal monatlich abrechnen, hat der Arbeiter in der Regel bei der Hauptlöhnung noch für 10 bis 12 Schichten Lohn stehen. Bei etwas gutem Willen kann dieses ganz gut in einem für die Arbeiter günstigeren Sinne abgeändert werden.

Gewerkschaftliches.

Auf zur Hausagitation.

Das neue Jahr hat seinen Einzug gehalten. Hoffentlich wird es in wirtschaftlicher Beziehung ein recht gutes werden. Haben wir auch augenblicklich noch keine Hochkonjunktur mit Aufträgen in Hülle und Fülle, so ist doch überall in der Produktion eine Besserung zu verzeichnen. Mit der Aufwärtsentwicklung des Wirtschaftslebens wird auch die Zeit für die gewerkschaftliche Aufklärungs- und Agitationsarbeit eine günstigere. Darum sollte jetzt wieder jeder christliche Gewerkschaftler die günstige Gelegenheit benutzen und sich ganz besonders der Ausbreitung der Organisation widmen. Das große Heer der Unorganisierten steht unserer christlichen Arbeiterbewegung noch mit allerlei Vorurteilen gegenüber. Besonders in der Metallindustrie ist die Zahl der Indifferenten recht groß. Unsere nächste Aufgabe ist deshalb an alle noch fernstehenden Metallarbeiter heranzutreten, ihre Vorurteile zu beseitigen und sie selbst unserem Verbande zuzuführen. Durch eine *planmäßige Hausagitation* ließe sich dieses am besten bewerkstelligen.

Zunächst muß hier aber auch erwähnt werden, daß jeder unserer Kollegen auf der Arbeitsstelle zeigen soll, daß er ein christlich organisierter Arbeiter ist. Kollegialität und Gerechtigkeit seinen Mitarbeitern gegenüber kann zu seinem Ansehen bedeutend beitragen. Und mit dem Augenblick wo sein Ansehen steigt, ist die erste Bedingung gegeben, daß er den unorganisierten Arbeiter für seine Ideen gewinnen kann. Dieses können wir nicht erreichen, wenn wir uns möglichst radikal benehmen. Nein, dieses erreichen wir, wenn wir uns in die Grundsätze der christlichen Gewerkschaften vertiefen; wenn wir erkennen lassen, daß wir einer Arbeiterbewegung angehören, die nicht den Klassenkampf als Leitmotiv ihrer Handlungsweise aufstellt, sondern für einen gerechten Interessenausgleich im Wirtschaftsleben kämpft. Einer solchen Bewegung wird sich auf die Dauer keiner mehr entziehen können, dem an der ruhigen Weiterentwicklung unseres Wirtschaftslebens gelegen ist.

Besonders günstige Resultate bei der Agitation wurden in verschiedenen Ortsgruppen dadurch erzielt, daß der unorganisierte Arbeiter in seiner *Wohnung* aufgesucht wurde (Hausagitation.) Die Unorganisierten sind nur schwer in die Versammlungen hinein zu bringen, darum müssen wir versuchen, sie zu Hause über die Notwendigkeit der Organisation zu belehren. Die in der Hausagitation tätigen Kollegen müssen nun ihrerseits über die notwendige Kenntnis und Schlagfertigkeit verfügen, um die verschiedenartigen Einwände widerlegen zu können. Es würde sich empfehlen, einem tüchtigen älteren Kollegen jedesmal ein bis zwei jüngere Mitglieder mit zu geben, damit diese durch praktische Betätigung zu Mitarbeitern in der Agitation herangebildet werden. Auf diese Weise wird die, bei erstmaliger Teilnahme an der Hausagitation vorhandene Scheu der jüngeren Mitglieder zum größten Teil verschwinden und für unsere Sache werden immer mehr agitatorische Kräfte gewonnen.

Zur wirkungsvollen Durchführung der Hausagitation ist es ratsam, die Ortsverwaltungen in Bezirke einzuteilen. An die Spitze eines jeden Bezirks kommt ein tüchtiger Kollege als Bezirksvorsteher. Ein Stab von Vertrauensmännern wird ihm unterstellt, von denen jeder einen Teil des Bezirkes als eigenes Operationsgebiet zugewiesen erhält. Der Vertrauensmann hat nun die Aufgabe, die Adressen der Unorganisierten seines Gebietes zu sammeln und dem Bezirksvorsteher zu übermitteln. Der Bezirksvorsteher beraumt zur gegebenen Zeit eine Vertrauensmännersitzung an und ladet sämtliche Mitglieder des Bezirks dazu ein. Das gesammelte Adressenmaterial nach Straßen und Hausnummern geordnet, wird nun auf die erschienenen Kollegen verteilt und nach einigen praktischen Belehrungen des Bezirksvorstehers an die Kollegen, kann die Hausagitation beginnen. Nach Beendigung derselben versammeln sich die Kollegen wieder zur Feststellung des Erfolges und zur Besprechung der gemachten Erfahrungen. Selbstverständlich werden auf den ersten Ansturm nun nicht gleich alle Indifferenten als Mitglieder gewonnen, sondern bei manchem wird es einer wiederholten Aufrüttelung bedürfen, ehe wir ihn als Mitglied gewinnen. Die Erfahrung lehrt, daß es uns des öfteren beim dritten oder viertenmale gelang einen Kollegen zu gewinnen, der heute als tüchtiger Kämpfer mit in unsern Reihen steht. Die gelegentlich der Hausagitation angebrachte Aufklärung und Belehrung wird niemals nutzlos und umsonst gewesen sein, etwas wird meistens auch in den hartnäckigsten Schädel eingedrungen sein und früher oder später gute Früchte bringen.

Darum auf zur Tat! In allen Ortsverwaltungen, wo noch keine Hausagitation stattgefunden hat, muß diese sofort in Angriff genommen werden. Agitationsmaterial, womit man allen Ausflüchten des Indifferentismus begegnen kann, ist ja in den letzten Nummern unseres Verbandsorgans in Hülle und Fülle vorhanden. Also Kollegen, benutzen wir die Zeit zur Ausbreitung unseres Verbandes, dann arbeiten wir für die Hebung und allseitige Besserung unseres Standes.

Ein Kesseltreiben gegen die christlichen Gewerkschaften.

Die christlichen Gewerkschaften sind augenblicklich wieder einmal im besonderem Maße Gegenstand der Aufmerksamkeit der „Genossen" in der Gewerkschafts- wie Parteibewegung und ihrer Presse. Man hört hier so etwas vom „Verrat" der christlichen Organisationen an den Arbeiterinteressen, über eine „Rechtsschwenkung" der christlichen Gewerkschaften zu den Unternehmern hin, über ihren Uebergang ins „gelbe" Lager und was sie sonst noch alles sollen „verbrochen" haben. Ist nun aber in der Tat etwas besonderes passiert, was diese Angriffe rechtfertigen könnte? Nein. Rein gar nichts! Die christlichen Gewerkschaften sind von ihren seitherigen Grundsätzen nicht um Haaresbreite abgewichen. *Eins* haben sie freilich getan: Diese Grundsätze wie wir noch neuerdings in unserem Artikel: „Zur Stellung der christlichen Gewerkschaften zum Volksganzen" (Nr. 49, 1910) dargelegt haben, scharf ausgeprägt zum Ausdruck gebracht, weil man von gewisser Seite die Meinung im Volk zu verbreiten suchte, als unterscheide sich die christliche Gewerkschaftsbewegung von der klassenkämpferischen nur dem *Namen*, nicht aber der *Tat* nach. Mit diesem falschen Gerede haben die christlichen Gewerkschaften erneut gründlich aufgeräumt. Und weil nun da mit allem Nachdruck gesagt wurde, daß trotz gelegentlichem Zusammengehen mit den sozialistischen Gewerkschaften eine *unüberbrückbare Kluft* zwischen den christlichen Organisationen und ihnen liegt — in der Weltanschauung, in der Stellung zu Staat und Unternehmern, wie es schon bei der Gründung der christlichen Gewerkschaften ausgesprochen worden ist und seither immer wieder — weil diese Grundsätze den *Gegnern* der christl. Organisationen einmal energisch ins Gedächtnis gerufen wurden, *darum* das Geschrei über „Verrat" und ähnliche Sünden, die die christlichen Organisationen in der letzten Zeit sollen begangen haben. Und dieses Geschrei ertönte dann am lautesten, als die christlichen Bergarbeiter ihren unsagbar unehrlichen und rücksichtslosen Gegnern vom sozialdemokratischen Bergarbeiterverband durch die Tat zum Bewußtsein brachten, daß sie noch Menschen sind, die Ehre besitzen und auf Ehre halten, und sich nicht dazu hergeben, sich erst beschimpfen zu lassen, um dann im nächsten Augenblick mit einem solchen Gegner in Reih und Glied zu marschieren. So liegen die Dinge und nicht anders. Das ganze Kesseltreiben in der sozialdemokratischen Presse kann und wird für die christlichen Gewerkschaftler nur wie eine Mahnung wirken, treu hinter ihren Führern zu stehen und sich in ihrer Ueberzeugungstreue nicht im geringsten irre machen zu lassen!

„Partei und Gewerkschaften sind eins!"

Daß die „freien" Gewerkschaften ihre Mitglieder zu Sozialdemokraten zu erziehen trachten, ist bekannt. Daß sie sich in Zukunft mit der bloßen „Aufklärung"

jedoch nicht mehr begnügen wollen, das zeigt deutlich das sozialdemokratische Organ für Elsaß-Lothringen, die „Freie Presse". Nach einem Bericht der Maurerverbandsleitung von Straßburg über eine Versammlungsaktion, wurde zu weiterer „Aufklärung", der Unterstützung der sozialdemokratischen Presse und zu stärkerer politischer Tätigkeit aufgefordert. Es heißt dann:

„Jetzt, wo die gewerkschaftliche Organisation im Bauberuf durchgeführt ist, gilt es, auf den Bauten auch in diesem Sinne zu wirken. Dabei muß auch für die politische Organisation gewirkt werden. Die Reichstagswahlen rücken heran, und es gilt für die Bauarbeiter, hier mitzuhelfen, daß die Gesetzgebung in Zukunft zugunsten der Arbeiterschaft gestaltet wird. Für die Arbeiterschaft günstige Reichstagswahlen sind aber nur auf der Grundlage von guten politischen Organisationen zu erreichen. Von den Bauarbeitern, die in der Arbeiterbewegung nicht die letzten, sondern mit die ersten sind, ist zu erwarten, daß sie sich auch hier mit an die Spitze stellen. Nur eine gegenseitige Agitation kann dies möglich machen. Bis jetzt war es der Grundsatz auf den Bauten, daß jeder sein Verbandsbuch in Ordnung haben mußte. In Zukunft ist es gut, auch nach der Monatsquittung der „Freien Presse" und nach dem Mitgliedsbuch des sozialdemokratischen Vereins zu fragen."

Also: wenn die Arbeiter erst in der sozialdemokratischen Gewerkschaft drin sind, d. h. wenn die Obergenossen und ihre Handlanger sie erst in Händen haben — dann wird mit Volldampf sozialdemokratische „Gewerkschaftsarbeit" betrieben. Dann fordert man von den Mitgliedern die Abonnementsquittung des sozialdemokratischen Parteiblattes und das Mitgliedsbuch vom sozialdemokratischen Verein. Und wer dann beides nicht aufweisen kann, der, na, der wird „brüderlich" behandelt. (Siehe „Resolution bei Bosch in Stuttgart.") Die christlichen Arbeiter aber mögen aus solchen Vorkommnissen ersehen, wohin die Reise geht, wenn die sozialdemokratischen Gewerkschaften zur Macht gelangen. Mögen sie allüberall handeln und sich ihren christlichen Verbänden anschließen, ehe ihnen der rote Terror und Uebermut über den Kopf wächst.

Etwas für die sozialdemokratischen Verbandsführer.

Beim Streik auf der Zeche „Lukas" sagten die sozialdemokratischen Verbandsführer der Belegschaft: „Ihr seid souverän. Ihr habt zu entscheiden," ohne ihnen erst in vernünftiger Weise Aufklärung über die wirkliche Sachlage gegeben zu haben. Recht lehrreich für die sozialdemokratischen Führer, die in unverantwortlicher Weise der Masse schmeicheln, sind einige Auslassungen des Sozialdemokraten Quessel in einem Artikel „Führer und Masse" in den „Sozialistischen Monatsheften", 1910, Seite 1411. Er sagt dort:

„Wie der Architekt und der Rechtsanwalt schließlich die Wünsche ausführen werden, die ihre Auftraggeber von ihnen verlangen, so werden auch die politischen Vertreter sich den Forderungen der Masse unterordnen. Aber nicht in dem Sinne von Handlangern, als stumme Werkzeuge des Massenwillens, sondern als Sachverständige, die zunächst mit aller Autorität des Fachmanns versuchen, ihre Auftraggeber für ihre Ansichten zu gewinnen. Die parlamentarischen Vertreter, die allein über das zu entscheiden haben, was alle angeht, sollen der Masse sachverständige Aufklärung bringen und ihre geistigen Führer sein, wie die Masse ihren Führern Antrieb und Kraft geben soll. Das ist aber nur auf dem Boden geistiger Freiheit und gegenseitigen Vertrauens möglich. Der Führer, der von der Masse Aufschluß über die richtige Taktik erwartet, würde einem Rechtsanwalt gleichen, der von seinen Klienten juristische Aufklärung verlangt. Es ist die Pflicht eines jeden Führers, die seiner Ansicht nach beste Politik der Masse vorzulegen und sie mit aller ihm zur Verfügung stehenden Ueberzeugungskraft zu unterstützen. Aber noch mehr: Es ist auch seine Pflicht, mit aller Kraft den Kampf gegen das aufzunehmen, was ihm als Unwissenheit bei der Masse erscheint und ein entschiedener Propagandist seiner eigenen Politik zu werden."

Was Quessel hier in bezug auf die Pflicht der Führer auf politischem Gebiete sagt, das verdient auch auf gewerkschaftlichem Gebiete Beachtung. Ja, noch mehr. Es wäre in vielen Fällen Verrat der Arbeiterinteressen, wollten hier die sachverständigen Führer sich von einer erregten Masse bedingungslos leiten lassen. Die Gewerkschaftsführer müssen alles aufbieten, um die Arbeiter voran zu bringen, auch dann, wenn es ihnen selbst im Augenblick mal unangenehm wird.

Das Bleigewicht an der Arbeiterbewegung

in einer besonders heiklen Situation hat wieder einmal unverkennbar die Sozialdemokratie gebildet. Diesmal haben die ihr befreundeten sozialdemokratischen Gewerkschaften den unmittelbaren Schaden zu tragen gehabt und brauchen daher für den Spott nicht zu sorgen. In das kürzlich errichtete Zentralschiedsgericht für das Baugewerbe sind, neben dem bekannten Dr. Wiedfeldt-Berlin, die Herren Magistratsrat Wölbing-Berlin und Oberregierungsrat Mayr-München berufen. Die Berufung erfolgte durch Staatssekretär Delbrück und zwar auf Ansuchen der beiden Parteien (Arbeitgeber und -nehmer), nachdem diese sich nicht zu einigen vermochten. Von Wölbling erklärt das sozialdemokratische Maurerorgan „Grundstein" (Nr. 1./11) ausdrücklich, daß die Berliner Arbeiter ihm zu seiner Tätigkeit Vertrauen entgegenbrächten; Mayr gilt als „unbeschriebenes Blatt", höchstens weiß man von ihm, daß sein Chef, Ministerialdirektor v. Reverdy einmal an der Leitung einer Unternehmerorganisation beteiligt gewesen! Ihm selbst kann kein Vorwurf etwa der Arbeiterfeindlichkeit gemacht werden.

All dieser Tatsachen ungeachtet „stellt" man in größeren sozialdemokratischen Parteiblättern („Vorwärts," „Münchener Post" 2c.) „fest", Delbrück habe die Unparteiischen ernannt, ohne die Arbeiterorganisationen zu fragen oder zu berücksichtigen; ihre Ernennung sei „eine brutale Brüskierung der Wünsche der Arbeiterorganisationen" und ein weiterer Baustein zur Aufrichtung des sozialpolitischen Zwinguri im Sinne der Scharfmacher für kommende Kämpfe." Diese „voreilige Kritik" lehnen aber die Organe der an Tarifen beteiligten sozialdemokratischen Gewerkschaften (Holzarbeiterzeitung", „Grundstein") entschieden ab — im Interesse ihres eigenen Ansehens, das durch solche „Freundschaftsdienste" nicht gerade gehoben wird. Der „Grundstein" (Nr. 1/11) wirft der Parteipresse Leichtfertigkeit" vor und fordert die Vermeidung solcher „falscher Staatsaktionen", selbst wenn es einmal auf Kosten der Fixigkeit und Sensation geschehen müßte." Wie soll aber das Verhalten der Münchener Post" genannt werden, die den betr. Artikel bewußt fälschlicherweise aus Hamburg datierte, um, wie der „Grundstein" sagt, den Anschein zu erwecken, „es handle sich um eine Kundgebung der baugewerblichen Verbände"?! — Mittelbar leidet unter solcher Sensationsmache der sozialdemokratischen Presse die ganze deutsche Arbeiterbewegung, die schließlich für das Hineinregieren unverantwortlicher Literaten in die sozialdemokratischen Gewerkschaften in ihrem vollen Umfange büßen muß.

Gewerbesolidarität.

Für die deutsche Textilindustrie ist die Beschaffung der Rohstoffe immer schwieriger und zu einer Lebensfrage geworden. Die große Bedeutung dieser Frage hat man auch in den Kreisen der christlich-nationalen Arbeiterschaft erkannt. Der Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands beteiligt sich an allen Bestrebungen, die eine Erleichterung der Rohstoffversorgung für die heimische Industrie herbeizuführen geeignet sind. Zu diesem Zwecke ist er schon seit Jahren Mitglied des „Kolonial-Wirtschaftlichen Komitees", das sich die Förderung der Woll- und Baumwollzucht in unseren überseeischen Kolonien als Aufgabe gestellt hat, um auf diesem Wege vom amerikanischen Markt unabhängiger zu werden. Die letzte Generalversammlung des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter 1910 in Aachen hat sich mit der Frage eingehender beschäftigt und den Hauptvorstand beauftragt, eine diesbezügliche Eingabe an die gesetzgebenden Körperschaften zu richten. Dem ist die Zentralleitung der genannten Organisation jetzt nachgekommen. Sie hat eine Resolution an Bundesrat und Reichstag gerichtet, die in der dringenden Bitte ausklingt, die Produktion von Wolle und Baumwolle in den deutsch-afrikanischen Kolonien (im Interesse der heimischen Textil-Industrie, der gesamten deutschen Bevölkerung und nicht zuletzt im Interesse der wirtschaftlichen Hebung der Kolonien) in geeigneter Weise zu fördern. Der Verbandsvorsitzende Reichstagsabgeordneter Schiffer wurde beauftragt, die in der Resolution aufgestellten Forderungen im Reichstag zu vertreten. Auf Grund dieser Tätigkeit kann die christliche „Textilarbeiterzeitung", die seit Anfang dieses Jahres in neuem Gewande und achtseitig erscheint, mit Recht darauf hinweisen, daß der christliche Verband der Lage im Gewerbe Verständnis entgegenbringt und bereit ist, an einer Gesundung der Verhältnisse und auch unter Aufwendung geldlicher Mittel mitzuarbeiten. Das sollte auch weitere Kreise davon überzeugen, daß der den christlichen Gewerkschaften schon häufig gemachte Vorwurf der Industriefeindlichkeit vollständig unberechtigt ist.

Genossen als „Pfleger" von Religion und Patriotismus.

Die von dem sozialdemokratischen Bergarbeiterverband in die Tinte geritten en Bergleute von Penzberg und Hausham kommen nun allmählich doch zu der Erkenntnis, das sie das Opfer ihrer Führer geworden sind. Verschiedene waschechte Genossen schimpfen denn auch ganz lästerlich, denn sie begreifen nun, daß die in die Welt posaunten Erfolge des roten Verbandes ein Hirngespinst sind und daß sie durch die unkluge Hetzarbeit nun erst recht auf Gnade und Ungnade der Bergwerksdirektion ausgeliefert sind. Eine Anzahl Mitglieder des roten Verbandes haben deshalb auch die einzig richtige Konsequenz gezogen und sind in den Gewerkverein christlicher Bergarbeiter übergetreten.

Die Obergenossen und ihre willfährigen Kreaturen greifen nun in ihrer Not zu den tollsten Mitteln, um ihre erschütterte Position zu stützen. In einer am 8. dss. Mts. in Hausham abgehaltenen christlichen Arbeiterversammlung kamen diesbezüglich die schönsten Dinge zum Vorschein. Eine Anzahl Bergarbeiter erklärte, daß sie wegen Nichtbeteiligung an dem Streik aus allen möglichen Vereinen ausgeschlossen wurden, an deren Spitze die Genossen stehen. Solche Ausschlüsse wurden gemeldet von dem Krankenunterstützungsverein „Wintergrün", in dessen Statut es ausdrücklich heißt, daß Politik ausgeschlossen ist. Einige Gebirgstrachtenerhaltungsvereine die fürstliche und andere hohe Protektoren haben, schließen ebenfalls aus. Der St. Georgs-Hilfsverein sagt in seinem Statut, daß seine Aufgabe neben Unterstützung „die Förderung des religiös-sittlichen Lebens der Mitglieder sei", und auch hier sind die Führer von der Ausschließungswut befallen. Der Bergmannsverein Hausham, der u. a. den Zweck hat, die Verehrung der hl. Barbara zu pflegen, will 40 Mitglieder im vereinfachten Verfahren herauswerfen. Hier wurde Beschluß gefaßt, ohne daß die nichtstreikenden Mitglieder des Ausschusses überhaupt zu einer Sitzung geladen worden sind.

Originell aber ist, daß auch der Militärverein Hausham die Leute aus seinen Reihen expedieren will, die den Mut hatten, gegen den Machtspruch sozialdemokratischer Hetzer sich auf den Standpunkt des Rechtes zu stellen und keinen Kontraktbruch zu begehen. Weil die Leute keine Lust hatten, jede Dummheit der roten Führer zu unterstützen, sollen sie aus einem Verein ausgeschlossen werden, der in seinem Statut folgenden Zweck vorsieht: Pflege der Treue zum angestammten Königshause, der Anhänglichkeit zu Fürst und Reich, der Liebe zum Vaterlande, unter Freihaltung jeden politischen Parteigetriebes." Wirklich eine hochpatriotische Tätigkeit, die hier von den in Zorn, Haß und Fanatismus blind gewordenen Genossen geleistet werden soll. Nachdem also persönliche Beleidigungen und Mißhandlungen und der Versuch, den Nichtstreikenden die Lebensmittel und die Wohnungen zu entziehen, nicht erreichen konnte, die Leute unter das rote Joch zu beugen, wollen die roten Freiheitshelden ihre Roßkur damit versuchen, daß den nicht nach der roten Rattenfängerflöte tanzenden Mitgliedern nach jahrelanger Beitragszahlung das Recht auf Unterstützungen aus der Hand geschlagen werden soll.

Die geschilderten Vorgänge in Hausham aber zeigen der christlichen Arbeiterschaft einmal wieder recht drastisch die ganze charakterlose Verlogenheit und Heuchelei der Sozialdemokratie. Ihre materialistische Grundlage geniert sie garnicht, unter der Maske „Förderung des religiös-sittlichen Lebens" oder „Verehrung der hl. Barbara" ihre religionsfeindlichen — und unter der Maske „Pflege der Treue zu Fürst, Kaiser und Reich" ihre revolutionären Tendenzen in das Volk zu tragen. Fürwahr, „verächtliche Gesellen"! — die wir hiermit gern der Entrüstung des „Bs"-Korrespondenten der „Metallarbeiterzeitung" zum Schnüriegeln übergeben. Vielleicht aber billigt er ihnen mildernde Umstände zu, weil sie sich als „verfrühte Zukunftsstaatsbürger" entpuppen. — Da wir aber noch nicht im sozialdemokratischen Zukunftsstaat leben, wird den betreffenden Genossen an anderer Stelle bewiesen werden, daß in einem Rechtsstaate solche Sachen vorläufig noch nicht angängig sind.

Die Hamburger Metallarbeiterkrankenkasse.

Von einem Kollegen wird uns geschrieben:

Vorgenannte Kasse, deren Publikationsorgan die sozialdemokratische Metallarbeiterzeitung ist, versucht durch ihre örtlichen Leitungen uns Mitglieder abspenstig zu machen, mit der eigentümlichen Begründung, die Hamburger Kasse biete ihnen mehr als unser Verband.

Diese Behauptung ist nicht nur lächerlich, sondern auch unwahr. Hat doch eine gewerkschaftliche Organisation wie unser christlicher Metallarbeiterverband naturgemäß ganz andere Aufgaben und einen erheblich weiteren Wirkungskreis, wie eine Krankengeldzuschußkasse. Der Hauptzweck unseres Verbandes ist bekanntlich die wirtschaftliche und geistige Hebung der Metallarbeiter. Das Ergebnis der wirtschaftlichen Bestrebungen findet seinen zahlenmäßigen Ausdruck in den Lohnaufbesserungen, Arbeitszeitverkürzungen, Abschluß von Tarifverträgen usw., worauf ich hier nicht näher einzugehen brauche, weil dieses allen Kollegen bekannt ist, und auch fortlaufend im deutschen Metallarbeiter darüber berichtet wird. Die Erfolge unserer Bestrebungen auf geistigem Gebiet sind auch nicht gering und kamen zur Geltung in der steigenden gesellschaftlichen Achtung des Arbeiterstandes und in allgemein kultureller Beziehung. Diesen Erfolgen hat die Hamburger Kasse garnichts entgegenzusetzen.

Für ihre Beiträge bekommen unsere Kollegen mehr, als irgend eine Kasse bieten kann. Unser Verband leistet neben den Unterstützungen bei Streiks und Maßregelung noch ungemein viel zu ihrer Beratung, Unterstützung und Weiterbildung. Da ist zunächst unser Verbandsorgan und der Rechtsschutz. Eine Reihe von Kollegen sind unausgesetzt für unsere Mitglieder tätig und haben für sie schöne Erfolge errungen. Außerdem erhalten unsere Mitglieder Hilfe durch den Verband in Form von Umzugs-, Reise-, Arbeitslosen- und Sterbeunterstützung. Von allen diesen kennt man nichts bei der Hamburger Metallarbeiterkrankengeldzuschußkasse, sondern sie zahlt nur Kranken- und Sterbegeld. Das erhalten aber unsere Kollegen auch im christlichen Metallarbeiterverband und laufen dabei nicht Gefahr, um ihre Ansprüche zu kommen. Was sie laut Statut zu beanspruchen haben, wird ihnen ohne jede Schikane ausbezahlt. Von der Hamburger Kasse kann man dieses gerade nicht behaupten.

Auch der beliebte Einwand, unsere Kollegen hätten kein klagbares Recht auf ihren Anspruch, was bei der Hamburger Kasse doch der Fall sei, ist nicht stichhaltig. Steht dieser Passus auch in unserem Statut — so nur deshalb, weil in Deutschland die Gewerkschaften rechtlich in der Luft hängen. Mir ist noch kein Fall bekannt geworden, wo unsere Kollegen nicht zu ihrem Rechte gekommen wären. Ob auch bei der Hamburger Kasse, will ich nicht untersuchen, sondern das Protokoll der 9. ordentlichen Generalversammlung des deutschen (lies sozialdemokratischen) Metallarbeiterverbandes in Hamburg im Jahre 1909 (S. 119) reden lassen. Die Mitgliedschaft des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes in Breslau hatte den Antrag gestellt, daß fortan die

Metallarbeiterzeitung die Publikationen der Hamburger Kasse nicht mehr bringen sollte. Zur Begründung führte ihr Delegierter Philipp u. a. aus:

„. . . . . Nun hat sich in Breslau gezeigt, daß der Vorstand der Hamburger Kasse sich bei den Direktoren erkundigt, ob die und die Leute schon einmal krank gewesen sind, er sei zu Gegendiensten gern bereit. Hört! hört!) . . . . . nur so ist es zu erklären, daß in Breslau kranke Kollegen, wenn sie wieder gesund waren, einfach entlassen wurden. Der Leiter der Filiale der Hamburger Kasse in Breslau hat sogar den Vorsitzenden der Gelben als Kontrolleur bestimmt. . . . . Wir sollten unser Blatt für eine solche Kasse als Publikationsorgan nicht hergeben."

Der Delegierte Geiger-Heidenheim setzte dem hinzu:

„Kollege Philipp aus Breslau hat mir aus dem Herzen gesprochen. Auch wir in Heidenheim hatten einen Kollegen, der der Hamburger Metallarbeiterkrankenkasse angehört und der auf Veranlassung der Kasse von Frau und Kindern gerissen wurde und ins Spital gehen mußte. Die Betriebskrankenkasse verlangte das nicht."

Der Antrag wurde abgelehnt und ist die Metallarbeiterzeitung heute noch Publikationsorgan.

Das dürfte genügen.

Heute, wo auf christlicher Seite Zuschußkassen genug bestehen und außerdem im christlichen Metallarbeiterverband die Erwerbslosenunterstützung auch bei Krankheitsfällen in weitgehendstem Maße ausgebaut ist, besteht keinerlei Bedürfnis für unsere Kollegen, der Hamburger Kasse beizutreten. Unseren Kollegen erwächst daraus die Pflicht, nun allerorten in aufklärendem Sinne zu wirken und dergleichen unlauteren Ausstreuungen gebührend entgegen zu treten.

Streiks und Lohnbewegungen.

Herford. Die Aussperrung bei der Firma Niebaum und Gutenberg ist in eine neue Phase der Entwicklung eingetreten. Die Situation hat sich dadurch verschärft, daß die Firma sich nicht scheute, 32 „Berufsstreikbrecher" der berüchtigten „Ferberkolonne" in ihren Betrieb einzupferchen. Stand bisher die Bürgerschaft dem Kampf ziemlich neutral gegenüber, so hat die Firma durch diesen Schritt ihr Ansehen bei der Bürgerschaft — gelinde gesagt — verscherzt. Schon der Anblick der 32 Raußreißer und „Ordnungsstützen" mußte dem Zuschauer ein mitleidiges Lächeln entlocken; einer war noch „schöner" wie der andere. Der „schöne" Gottfried Ferber zeigte sich hier in seiner ganzen Größe als Sammelgenie für Raritäten.

Die erste Tätigkeit der Kolonne bestand in der angenehmen Arbeit, die von der Firma gelieferten Spirituosen und Zigaretten in erschreckenden Quantitäten zu vertilgen. Diese unmenschliche Arbeit (oder lags an der Qualität?) scheint nun aber verschiedene arg mitgenommen zu haben. Nur so ist es nämlich erklärlich, daß andern Tags verschiedene Hosen ausgewaschen werden mußten und die betreffenden Hosenbesitzer dieweil in Unterhosen ihrer Tätigkeit nachgingen. Aber auch sachlich stehen die Leutchen auf der Höhe! Als sie auf den Fabrikhof kamen und dort eine Dreschmaschine sahen, fragte einer den andern: „Was ist das denn für ein Dings?" und ihre Kenntnis von einer Drehbank ging nicht einmal soweit, daß sie die Schmierlöcher zu finden wußten. Daß die Firma mit dergleichen Alleskünstlern nur „Murksbrüderarbeit" fabrizieren kann, ist leicht begreiflich. Die Kundschaft der Firma wird sich auch aus ebenso begreiflichen Gründen solche Waren verbitten.

Die Fabrik selbst ist seit der Ankunft der Ferberleute noch nebenbei zur „Penne" eingerichtet, und die Firma wird sich nun baldigst nach einem Kammerjäger umsehen müssen, damit sich die „Bienen" nicht allzu fest einnisten. Auch der Erlaß einer Hausordnung mit dem Verbot des Versens von Fäkalien und anderer unästhetischen Sachen aus den Fenstern der Fabrik wäre am Platze.

Zu ihrem „Schutze" sind die Streikbrecher auch noch mit einem Revolver ausgerüstet, und sie machen auch zur Bedrohung der streikenden Arbeiter von ihrem Schießeisen eifrigen Gebrauch. Am Sonntag, 8. Jan., benutzten sie die Fabrikglocke zum Sturmläuten und trieben noch sonst allerlei Allotria. Wie es heißt, soll sich die Polizei der Sache schon angenommen haben. — Wie man aus diesen Proben ersieht, sind die Ferbermänner mit aller Macht bestrebt, der Firma zur Festigung ihres „Ansehens" behilflich zu sein — und dafür kann man schon einmal alte, tüchtige Arbeiter, die dreißig und mehr Jahre zu einem niedrigen Lohn gearbeitet haben, wegen einer bescheidenen Lohnforderung aufs Straßenpflaster werfen. (!)

Freilich, die Firma leugnet der Oeffentlichkeit gegenüber jede Schuld an der Sachlage. Die Gewerkschaftsführer sind nach ihrer Darstellung die Hetzer, die die Arbeiter in den Kampf getrieben haben. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß die Firma sich weigerte, den Arbeitern eine durch die heutigen Teuerungsverhältnisse geboten bescheidene Lohnerhöhung zu gewähren. Diese Forderung der Arbeiter war für sie geboten im Interesse der Existenz ihrer Familien. Die im Kampfe stehenden Kollegen sind jetzt davon überzeugt, daß ihre gerechte Sache mit einem Siege endigen wird. Die Stimmung ist gut, und hoffentlich kommt bald ein ehrenvoller Friede zustande.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zuzug fort.

Remscheid. Die Maschinenbauer und Hilfsarbeiter der Remscheider Fellenindustrie stehen in einer Lohnbewegung.

Zierlohn. Bei der Firma Kessler u. Crone, Glashütte, stehen die Kettenschmiede im Streik.

Bielefeld-Herford. Bei der Firma Niebaum u. Gutenberg sind die Schlosser, Dreher, Schmiede und Hilfsarbeiter ausgesperrt.

Sundern bei Arnsberg i. W. Bei der Firma Winterhoff sind wegen Lohnabzügen Differenzen ausgebrochen. Zuzug von Metalldrückern, Schleifern und Klempnern ist fern zu halten.

Zuzug ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 22. Januar 1911 der vierte Wochenbeitrag für die Zeit vom 22. bis 28. Januar 1911 fällig.

Die Ortsverwaltung Solingen erhält die Genehmigung zur Erhebung eines Extra-Beitrages von 15 Pfg. statt bisher 10 Pfg. pro Woche und die Ortsgruppe Ulm a. d. Donau die Genehmigung zur Erhebung eines Extra-Beitrages von 10 Pfg. pro Woche ab 1. Februar dies. Jahres. Die Nichtbezahlung dieses Beitrages hat die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Die Abrechnung vom 4. Quartal 1910 muß unbedingt bis Ende d. M. von den Ortsgruppen, die noch nicht abgerechnet haben, eingesandt werden. Die Bezirksleiter werden ersucht, in ihrem Bezirk für pünktliche Abrechnung zu sorgen. Alle Geldsendungen sind von jetzt ab mittels Zahlkarte unserm Postscheckkonto, Kontonummer 10433, bei dem Postscheckamt in Cöln zu überweisen.

Adressen-Veränderungen.

Cöln a. Rh. Die Bezirksleitung des 2. Bezirks und die Ortsverwaltung, beide Palmstraße 14, haben jetzt die Telefonnummer 15575.

Die Aufnahmescheine von allen dem Verbande beitretenden Mitgliedern, auch von den aus anderen Organisationen übertretenden, sind genau auszufüllen, vom Kassierer der Ortsgruppe aufzubewahren und bei der Quartalsabrechnung mit an die Zentrale einzusenden. Die Kassierer mögen dieses genau beachten, um sich später unnötige Arbeit zu ersparen.

Alle Zuschriften in Verbandsangelegenheiten ohne Unterschied sowie alle Geldsendungen für den Verband sind an die **Geschäftsstelle des christl. Metallarbeiterverbandes, Duisburg, Seitenstr. 19,** und nicht an die persönliche Adresse einzelner Beamten zu adressieren.

Aus dem Verbandsgebiet.

Aachen. (Bauschlosser.) Recht unwürdige Zustände herrschen bezüglich der Löhne für Gehilfen, im Bauschlossergewerbe für Aachen und Umgegend. Für ausgelernte Gehilfen wird ein Wochenlohn von 7—9 Mark gezahlt. Aeltere Gehilfen von 20—25 Jahren erhalten einen Wochenlohn von 15—18 Mark. Schuld an diesen unwürdigen Zuständen tragen die Gehilfen selbst. Bis in letzter Zeit waren die Gehilfen fast alle unorganisiert. Eine größere Anzahl hat sich nun endlich aufgerafft und dem christlichen Metallarbeiter-Verband angeschlossen. Die Werbung muß weiter betrieben werden. In einer vor kurzem stattgefundenen Versammlung wurde beschlossen, jeden Monat eine Versammlung für die Bauschlosser abzuhalten. Nächste Versammlung ist Dienstag, den 24. Januar, gleich nach Feierabend bei Frantzen, Kleinmarschierstraße. In dieser Versammlung soll neben der Branchenbesprechung, der Versammlungstag und das Lokal für die Zukunft bestimmt werden. An alle Mitglieder ergeht das Ersuchen, vollzählig zu erscheinen und Mitarbeiter einzuführen.

Altötting. Am 8. Januar hielt die hiesige Ortsgruppe die diesjährige Generalversammlung ab. Aus dem Jahresbericht war zu ersehen, daß auch hier der Organisationsgedanke innerhalb der Metallarbeiterschaft Fortschritte macht. So muß es sein, denn nur durch den festen Zusammenschluß aller Berufskollegen ist in der Organisation die materielle und kulturelle Hebung unseres Standes möglich. Auch in den Tagen der Not und Krankheit erweist sich der christliche Metallarbeiterverband als bewährte Stütze für die Kollegen, sofern sie ihre Pflichten durch pünktliche Beitragszahlung erfüllt haben. Günstig war das abgelaufene Jahr auch für unsere Lokalkasse. Verfügen wir doch jetzt, trotz einer Ausgabe von 159,75 Mk. noch über einen Lokalkassenbestand von 210,77 Mk. Auch in der Mitgliederbewegung konnte, wenigstens im letzten Quartal, eine bedeutende Zunahme verzeichnet werden, sodaß auch wir also an dem allgemeinen Aufschwung unseres Verbandes mitgearbeitet haben. Hat sich doch unsere Ortsgruppe in letzter Zeit mehr als verdoppelt, was nicht zuletzt mit ein Verdienst unseres Bezirksleiters ist. Aber auch Dank allen übrigen Mitarbeitern. — Die Neuwahl stellte mit Ausnahme des langjährigen Vorsitzenden und des verdienten Kassierers J. Stiebl lauter neue Kollegen an die Spitze unserer kleinen, aber hoffnungsvoll aufstrebenden Ortsgruppe. Nachdem noch eine Gratisverteilung von Büchern an die zahlreich erschienenen Kollegen erfolgt war, konnte die Generalversammlung geschlossen werden.

Kollegen von Altötting! Wenn es möglich war, daß im letzten Quartal über 20 neue Mitglieder gewonnen werden konnten, dann wollen wir jetzt erst recht danach streben, dem Verbande weitere neue Kollegen zuzuführen. Mehr denn „hundert" sind noch zu gewinnen und müssen gewonnen werden. Darum sei jedes Mitglied ein Agitator für unsern christlichen Metallarbeiterverband. Die Losung heißt für die Zukunft: „Alle Mann an Bord!"

Fischbach bei Saarbrücken. „Und dräut der Winter noch so sehr . . . es muß doch Frühling werden." Frühling wird es auch jetzt für unsere kräftig aufblühende christliche Gewerkschaftsbewegung hier am Orte. Mancher Kamerad hat die Zeichen der Zeit verstanden und sich unserer Bewegung angeschlossen. Aber auch in manch anderer Beziehung ist eine Besserung eingetreten, daß bewies der am 2. Weihnachtstage vom Ortskartell der christlichen Gewerkschaften veranstaltete Volksunterhaltungsabend. An diesem nahmen zirka 600 Personen teil, Bürger aus allen Bevölkerungsklassen; ein Beweis, daß die christlichen Gewerkschaften es verstanden haben, sich die Sympathie aller vernünftigen Kreise zu erringen. An solchen erfreulichen Tatsachen ändern auch alle öden sozialistischen Schimpfereien a la Leimpeters und Genossen, wie „Zechengewerkverein" und „Unternehmerverband" nichts. Denn so wie die christlichen Gewerkschaften stets bereit sind, Gott zu geben was Gottes ist, und dem Kaiser, was des Kaisers ist, werden sie auch nicht vor den äußersten Konsequenzen zurück schrecken, wenn es gilt, die Lage ihrer Mitglieder zu heben. Dies natürlich unter Wahrung vollständiger Selbständigkeit, ohne sich von den sozialistischen Maulhelden ins Schlepptau nehmen zu lassen. Das sollten sich auch besonders unsere Zechenhandwerker und Maschinisten vor Augen halten. Trotz der erfreulichen Zunahme im letzten Monat können wir uns doch nicht zufrieden geben. Viele dieser hier am Orte wohnenden Kollegen stehen uns noch, um nicht zu sagen feindlich, so doch vollständig teilnahmslos gegenüber. Während die im christlichen Metallarbeiterverband organisierten Kollegen mit allen Mitteln an der Verbesserung ihrer Lage arbeiten, durch Eingaben an den Landtag, ferner durch entsprechende Anträge der organisierten Ausschußmänner in den Ausschußsitzungen der einzelnen Inspektionen, stehen diese Kameraden abseits. Ist es nicht beschämend für einen sich christlich nennenden Arbeiter, wenn er sagt: „Strebt nur, wenn ihr etwas erreicht, ists ja recht."

Wollen diese Arbeiter nicht einsehen, wessen Geschäfte sie durch ihr unkollegiales Verhalten besorgen? Das Schimpfen und Räsonieren, bei der ihnen nach reichlichem Alkoholgenuß kommenden Kurage, hilft hier nicht. Dieses Geld würde, als Verbandsbeitrag angelegt, hundertfältige Frucht tragen. Dann würde mancher Familienvater nicht mehr nach freier Willkür entlohnt, und ein Lohnsystem beseitigt werden können, daß allgemein als ungerecht empfunden wird. Wollen diese Kameraden ihre Pflicht gegenüber ihrer Familie und ihrem Stande denn gar nicht einsehen? Wollen sie als christliche Arbeiter gegenüber dem Anwachsen der roten Flut keinen Finger zur Abwehr rühren? Falls wir nicht beizeiten einen Damm bilden gegen diesen Ansturm, sind unsere Kinder schließlich gezwungen, die Reihen der sozialdemokratischen Verbände zu füllen und mit ihrem Gelde religionsfeindliche und umstürzlerische Bestrebungen zu fördern.

Die Vorgänge in der letzten Zeit sollten doch endlich jedem Arbeiter, gleich welcher Konfession und Parteirichtung, zu der Ueberzeugung bringen, daß es dieser Sorte von „Arbeitsfreunden" nur darum zu tun ist, durch Verhetzung der Massen die Sozialdemokratie zu stärken. Was dabei für uns Arbeiter herausspringt, können wir ja in Frankreich beobachten, wo die Brüder unserer roten Genossen auf dem Ministersessel thronen und das Heft in Händen haben. Dies alles sollte doch genügen, nun auch endlich dem lauesten Zechenhandwerker und -Maschinisten zu zeigen, wie notwendig eine starke christlich-nationale Arbeiterbewegung ist. Hohe ideale und wirtschaftliche Güter sind zu verteidigen, dazu ist jeder einzelne berufen, auch der einzelne hat Wert, denn: „Eintracht baut das Haus und Zwietracht reißt es nieder." Die Menschenfurcht und Gleichgültigkeit muß aus unseren Reihen schwinden. Sorgen wir dafür, daß wir in der Folgezeit nicht immer wieder der Ambos sind, auf dem rote Phrasendreher oder scharfmacherische, jeder Gleichberechtigung des Arbeiterstandes abholde Unternehmer, ihre Interessen schmieden dürfen.

Darum Metallarbeiter des Saargebietes, und besonders ihr Kollegen hier in Fischbach, hinein in die Reihen der aufwärtsstrebenden Kollegen, hinein in den christlichen Metallarbeiterverband. Hand ans Werk, dann werden auch für euch und eure Familien bessere Zeiten anbrechen. Auf, mit der Losung: „Vorwärts!"

Wenden. Leider sehen wir uns veranlaßt, uns an dieser Stelle einmal mit den Arbeitsverhältnissen der Firma L. A. des Näheren zu befassen. Im Sommer vorigen Jahres schon waren wir genötigt, zu der von dieser Firma erlassenen Arbeitsordnung Stellung zu nehmen, da diese in mehrfacher Beziehung die Rechte der Arbeiter im Arbeitsvertrag illusorisch machte. Der dieserhalb vorstellig werdenden Kommission gab der Betriebsleiter (Sohn des Firmeninhabers. D. V.) die Antwort, indem er in höchster Erregung schrie: „Die Arbeitsordnung bleibt so wie sie ist, wem's nicht paßt, kann sich zum Teufel scheren!" Die Arbeiter ließen sich einen solchen „Hinauswurf" nicht zum zweiten Male bieten und verließen einer nach dem andern die „gastliche" Stätte. Darob ist der Herr Betriebsleiter ganz außer sich geraten. Der Verband ist für ihn die Wurzel allen Uebels. Er glaubte unsere Kollegen belehren zu sollen, daß es doch besser sei, aus dem Verbande auszutreten; die Arbeiter würden ja doch nur ihre Groschen bezahlen, damit der „Kerl in der Wasserstraße" ein flottes Leben führe. Derselbe könne überhaupt nichts anderes als die Arbeiter aufhetzen, dafür bezöge er ein Gehalt von 2000 Mark und für jede Versammlung 25 Mark Spesen." Einem unserer Kollegen wurde die Sache doch zu bunt; er belehrte den Herrn Betriebsleiter, wer im eigentlichen Sinne des Wortes von „Arbeitergroschen" lebe. Ueberhaupt ist die Art und Weise der Behandlung, welche dieser Herr seinen Arbeitern zuteil werden läßt, derart, daß sie an den Pranger gestellt zu werden verdient. Hat ein Arbeiter Arbeitsmaterial nötig, dann gibt er dem Material ausgebenden nicht selten den Rat: „Halten Sie dem Kerl doch vor die Kiste!" Jeder Arbeiter, der den Mut hat, sich nicht alles bieten zu lassen, wird mit dem schmeichelhaften Titel, wie: „Aufwiegler", „Hetzer" usw. beehrt. Ein Kollege mußte sogar beim Verlassen des Betriebes die mißliche Wahrnehmung machen, daß ihm verschiedene Jahre die Beiträge zur Invalidenversicherung zwar eingehalten, Marken aber in der Karte nicht zu finden waren. Es waren ihm für verschiedene Jahre überhaupt keine Marken geklebt worden. Der fragliche Kollege ist hierdurch erheblich finanziell geschädigt.

Angesichts solcher Zustände haben wir alle Veranlassung, unsern Kollegen von Menden und Umgebung zuzurufen: „Sorgt für die Ausbreitung unserer Ideen und für die Stärkung unseres christlichen Metallarbeiterverbandes" auch im neuen Jahre.

Neheim. Unsere Ortsverwaltung hielt am 8. Januar drei gut besuchte Mitgliederversammlungen in Küsten, Neheim und Herdringen ab. In allen drei Versammlungen fand die Einführung des Kollegen Hegemann statt, welcher seitens der Zentrale in Duisburg für unsere Ortsverwaltung als Beamter freigestellt worden ist. Die Hauptversammlung in Neheim nahm einen überaus glänzen Verlauf. Der große Saal des Gesellenhauses war fast bis auf den letzten Platz gefüllt, als Kollege Kieseheuer um 2½ Uhr die Versammlung eröffnete. Er wies zunächst auf die Entwicklung unserer Ortsverwaltung hin und betonte, daß ein langgehegter Wunsch der Neheimer Kollegen jetzt in Erfüllung gegangen sei, nämlich, einen freigestellten Beamten zu besitzen. Dieser Vorteil sei aber nur dem wirkungsvollen Streben der Kollegen zu verdanken; er bat, in Zukunft so weiter zu arbeiten und den Kollegen Hegemann in seiner Tätigkeit nach Kräften zu unterstützen.

Der Bezirksleiter Kollege Hirtsiefer wies in seinen längeren Ausführungen auf die Bewegungen und Kämpfe des vergangenen Jahres, sowie auf die gute Entwicklung unseres Verbandes hin und führte zum Schluß seiner mit Beifall aufgenommenen Worte den Kollegen Hegemann in sein Amt ein. Hierauf nahm Kollege Hegemann das Wort und bat um das Vertrauen und die Mitarbeit sämtlicher Kollegen. Der heutige zahlreiche Besuch der Versammlung zu Beginn seiner hiesigen Tätigkeit sei eine gute Vorbedeutung.. Das gemeinsame Hand-in-Handarbeiten zwischen dem Beamten und den Mitgliedern sei unbedingt notwendig für die weitere erfolgreiche Entwicklung unserer Ortsverwaltung und für die Besserung der Lage der Neheimer Kollegen. Lebhafter Beifall folgte auch seinen Ausführungen. Nachdem Kollege Hirtsiefer noch einen Vortrag gehalten hatte über die ideellen Ziele unserer christlichen Gewerkschaften, wurde die äußerst anregend verlaufene Versammlung geschlossen.

Kollegen von Neheim und Umgegend! Unser Wunsch nach einem freigestellten Beamten ist erfüllt. Nun heißt es, durch Opferwilligkeit und eifrige Mitarbeit uns dessen würdig zu erweisen. Einen guten Schritt vorwärts haben wir im verflossenen Jahre getan. Mit neuem Mut wollen wir im begonnenen Jahre in die Agitation eintreten, dann wird auch der Erfolg nicht ausbleiben.

Nürnberg. Am 30. Januar finden in den hiesigen Siemens-Schuckert-Werken die diesjährigen Arbeiterausschußwahlen statt. Dem Arbeiterausschuß, welcher gleichsam das Parlament der Arbeiterschaft in der Fabrik darstellt, obliegt es ja, so manche Frage inbezug auf Lohn, Arbeitszeit oder Sonstiges zu regeln. Gerade unsere heutige Zeit lehrt uns, daß im Großbetrieb der einzelne Arbeiter machtlos steht. Deshalb wird sich wohl jeder Arbeiter und jede Arbeiterin der Bedeutung dieser Institution bewußt sein. Die Wahl selbst wird, wie schon früher, nach dem Proporzsystem getätigt. Da wir unsererseits wieder eine selbständige Liste aufgestellt haben, gilt es für unsere christlichen Kollegen und Kolleginnen, mit aller Kraft die Werbetrommel für unsere Kandidaten zu rühren. Jede Stimme ist von hohem Werte. Darum auf zur Arbeit! Am 30. Januar aber wähle jeder Kollege und jede Kollegin die Liste 2, dann wird auch in diesem Jahre unsere Vertretung gesichert sein.

Nuppichteroth. Unsere Generalversammlung am 8. Januar war sehr gut besucht. Aus dem Jahres- resp. Kassenbericht war zu ersehen, daß die Ortsgruppe nicht nur finanziell gut gewirtschaftet hat, sondern auch im letzten Quartal einen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen hatte. Einen weiteren Erfolg hatten unsere Kollegen zu verzeichnen, indem sie die Stellen der ausgeschiedenen Vorstandsmitglieder der Ortskrankenkasse bei der Wahl besetzten. Bei der Vorstandswahl wurden die alten Kollegen größtenteils wiedergewählt.

Hierauf hielt der Vorsitzende einen Vortrag über Unfallversicherung, in dem er die Bedeutung der Unfallversicherung, die Rechte der Versicherten gegenüber Krankenkasse, Gemeinde und Berufsgenossenschaft, klar und deutlich schilderte. Aus dem Vortrag ging hervor, wie notwendig es ist, daß der Arbeiter sich immer mehr in die Materie Arbeiterversicherung hineinarbeitet.

Der Vorsitzende dankte dann allen Kollegen, die im letzten Jahre treu mitgearbeitet hatten und forderte die Kollegen auf, auch im neuen Jahre angesichts der besseren Konjunktur ihre Pflicht und Schuldigkeit zu tun und nicht eher zu ruhen, bis der letzte Kollege in unseren Reihen steht.

Kollegen! zeigt nun durch praktische Mitarbeit im Dienste des Verbandes, daß ihr die Bedeutung und Notwendigkeit der Gewerkschaftsbewegung erkannt habt! Zeigt euch als ganze Männer und vollwertige Mitglieder der Organisation!

Solingen. Am Sonntag, den 8. Januar fand hier eine stark besuchte Kreisversammlung der Ortsverwaltung Solingen statt, in der unser Bezirksleiter Schmitz aus Köln anwesend war. Kollege Hebborn konnte in seinem Rückblick auf das verflossene Jahr einen erfreulichen Aufschwung in der Mitgliederzahl konstatieren. Durch eine energische Agitation ist es möglich geworden, die Zahl der Mitglieder auf der ganzen Linie zu verdoppeln. Einzelne Sektionen haben sich sogar vervierfacht. Der Erfolg ist in der Hauptsache auf eine systematische Hausagitation, sowie die Agitation in den konfessionellen Vereinen zurückzuführen. Ferner wurden viele Mitglieder gewonnen in den Betriebsversammlungen und bei einer Reihe von Lohnbewegungen, an denen unser Verband beteiligt war.

Die Tarifbewegungen der Haarmaschinenarbeiter der Firma Weyersberg, Kirschbaum u. Comp., der Former und Gießereiarbeiter der Firma Großmann in Wald und der Gußputzer und Gießereiarbeiter der Firma Kaiserling und Albrecht in Solingen, konnten auf dem Verhandlungswege zu Gunsten der Arbeiterschaft durchgeführt werden. Zur Zeit stehen noch in der Tarifbewegung: die Fahrradarbeiter der Firma Weyersberg, Kirschbaum u. Comp. in Solingen und in Wald. Ebenfalls die Arbeiter der Firma Klein. Ferner haben die Rasiermesserarbeiter der Firma Ern und Sahler in Wald einen Tarif eingereicht. Außerdem sind die Taschen- und Federmesserreider seit längerer Zeit daran, ein neues Preisverzeichnis auszuarbeiten.

An die Ausführungen des Kollegen Hebborn schloß sich eine rege Diskussion an, in der besonders weitere Anregungen für die zukünftige Fortentwicklung unserer Ortsverwaltung gegeben wurden. Vor allem wurde betont, daß der Einfluß unserer Bewegung im hiesigen Gebiete bedeutend gewachsen u. unsere Kollegen deshalb mehr Bewegungsfreiheit unter der übergroßen Zahl der sozialistisch Organisierten haben, als das in früheren Jahren der Fall war. Zu Punkt 2 der Tagesordnung: „Einführung einer Extrasteuer", legte Kollege Schmitz sowohl wie Kollege Hebborn die Notwendigkeit der Stärkung unserer Lokalkasse dar; den Mitgliedern wurde empfohlen, von jetzt ab den Lokalzuschlag um 5 Pfg. zu erhöhen. Nach eingehender Diskussion wurde dieser Antrag fast einstimmig angenommen.

Zu Kassenrevisoren wurden die Kollegen Seifert und Menz gewählt. Als Tagungsort der nächsten Kreisversammlung wurde Ohligs bestimmt. Nach einem kurzen Schlußwort des Vorsitzenden fand die Versammlung mit einem kräftigen Hoch auf unseren Verband ihren Abschluß. — Kollegen! Jetzt heißt es, die gefaßten Beschlüsse und gegebenen Anregungen auch in die Tat umsetzen. Unsere Erfolge müssen uns zur weiteren Arbeit anspornen. Jetzt, zu Anfang des neuen Jahres müssen sämtliche Kollegen der Ortsverwaltung einmal Rückschau halten und sich fragen: „Hast auch du im vorigen Jahre an den Erfolgen mitgeholfen?" Wie viele müssen leider diese Frage mit nein beantworten! Sie haben nicht mitgetan in der Agitation für unsern Verband. Weder auf der Arbeitsstelle noch in der Hausagitation oder sonst irgendwo. Wären alle unsere Mitglieder wie sie, wir hätten heute am Jahresschluß nicht nur keine Fortschritte zu verzeichnen, sondern wir würden noch zurückgegangen sein. Mögen alle Kollegen der Ortsverwaltung Solingen, die es angeht, einmal kurz hierüber nachdenken und es in diesem Jahre besser machen. Tun sie das, dann werden wir im nächsten Jahre einen weiteren Fortschritt zu verzeichnen haben. Wohlan, ans Werk!

Amberg. Unter gleicher Rubrik bringt die „Metallarbeiterzeitung" in Nr. 1 eine Korrespondenz, die von einer maßlosen Wut des christlichen Bezirksleiters Konrad phantasiert. Der Genosse (Wertmüller?) schließt wohl von sich auf andere. Anläßlich der letzten Lohnbewegung auf der Maxhütte gingen die Genossen in aufdringlicher Weise als billiger Jakob hausieren. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband habe billigere Beiträge, leiste pro Kopf höhere Unterstützungen und ähnliche Dinge wurden als vorteilhaft angepriesen. Auch in der Lohnbewegung wären die Genossen „energischer" vorgegangen.

Diese vielgepriesene „Energie" hat erst jüngst in Pforzheim elend Schiffbruch gelitten. Die Festnagelung der sozialdemokratischen Agitationsmethode als billiger Jakob in der Tagespresse hat bei den Genossen eingeschlagen. Unsere Kollegen kennen aus dem Organ die finanzielle Mißwirtschaft des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, der schon mehrere Jahre hindurch mit einem Defizit abschließt.

Unrichtig ist, daß der christliche Metallarbeiterverband erwachsene Arbeiter mit 20 Pfennig Wochenbeitrag aufnimmt. Eine Ausnahme wurde früher zugelassen, als Arbeiter in Staatsbetrieben von einer Staatsarbeiter-Organisation zu unserm Verband übertraten. Die mir in den Mund gelegte Redewendung: (über die Genossen) „schwindelhafte Gesellschaft, die schmutziger und stinkiger ist als der Mist, den der Bauer auf den Acker fährt", ist von den Genossen, (wahrscheinlich in edler Selbsterkenntnis) frei erfunden.

Wie schlecht es mit der Genossensache bestellt ist, beweist der Umstand, daß die Genossen mangels besserer Waffen zur persönlichen Verdächtigung greifen und von der Ablegung einer früheren Konfession faseln. Diese bübische Kampfesweise sei lediglich niedriger gehängt.

Zuletzt sei noch bemerkt, daß den drei in Amberg-Sulzbach zu den zukunftsstaatlichen Gefilden abgeschwenkten Mitgliedern wieder Uebertritte vom roten zu unserm Verband gegenüberstehen. Der Genossenjubel war also verfrüht, die roten Praktiken sind zu bekannt. Unsere Kollegen werden nach wie vor zielbewußt weiter arbeiten an der Stärkung unseres Verbandes, der für die Verbesserung ihrer Lage auch tatsächlich Gewähr bietet. A. K.

Soziale Rechtsprechung.

Trinkgeld und Arbeitsverdienst in der Rechtsprechung

Verschiedene Male schon hatten sich die Gerichte mit der Frage zu beschäftigen, ob das Trinkgeld als regelmäßiges Einkommen anzusehen sei und ob z. B. bei der Festsetzung einer Unfallentschädigung die Trinkgelder mit als Maßstab der Entschädigung in Betracht gezogen werden müssen. Nach dem Gewerbeunfallversicherungsgesetz gelten als Gehalt oder Lohn auch Naturalbezüge, Tantiemen und sonstige Bezüge. Demnach wären auch Trinkgelder, wenn sie dauernd und gewohnheitmäßig bezogen werden, als Lohn anzusehen. Die soziale Rechtsprechung ist aber bisher in dieser Frage noch nicht zu einer übereinstimmenden Ansicht gekommen. Vor einigen Jahren wurde einmal ein durch einen Unfall beschädigten Straßenbahnschaffner mit seinem Antrag, einen gewissen Durchschnittssatz an Trinkgeldern als regelmäßiges Einkommen zu betrachten und danach die Rente zu bemessen, abgewiesen. Dagegen hat vor kurzem das Reichsversicherungsamt in einem ähnlichen Falle entschieden, daß das Trinkgeld gleichfalls als Einkommen anzusehen sei und bei der Festsetzung der Unfallentschädigung mit berücksichtigt werden müsse. Auch in diesem Falle kam ein durch einen Unfall beschädigter Straßenbahnschaffner in Betracht. In diesem Falle führte der den Spruch fällende Senat im Reichsversicherungsamt aus, daß die Schaffner nach der Höhe der Bezahlung bestimmt darauf rechnen müssen, das Einkommen durch das Trinkgeld zu verbessern und deshalb sei auch eine Anrechnung der Trinkgelder beim Jahreseinkommen geboten. Nach diesen Ausführungen des Reichsversicherungsamtes wird es also darauf ankommen, den Nachweis zu führen, daß der Einzelne bei Abschluß des Arbeitsvertrages das Trinkgeld bereits als eine Art feste Einnahme angesehen hat.

Soziales.

Kaufrecht.

Der Verkäufer einer Sache haftet dem Käufer dafür, daß der Kaufgegenstand zur Zeit der Ueberlieferung nicht mit Fehlern behaftet ist, die den Wert oder die Tauglichkeit zu dem gewöhnlichen oder nach dem Vertrage vorausgesetzten Gebrauch aufheben oder mindern. Eine unerhebliche Minderung des Wertes oder der Tauglichkeit kommt nicht in Betracht.

Der Verkäufer haftet auch dafür, daß der Kaufgegenstand zur Zeit der Ueberlieferung die etwa zugesicherten Eigenschaften hat (§ 459 B.-G.-B.)

Der Verkäufer hat aber für den Mangel der gekauften Sachen nicht aufzukommen, wenn der Käufer den Mangel beim Abschlusse des Kaufes kennt. Ist dem Käufer ein Mangel infolge grober Fahrlässigkeit unbekannt geblieben, so haftet der Verkäufer, sofern er nicht die Abwesenheit des Fehlers zugesichert hat, nur, wenn er den Fehler arglistig verschwiegen hat (§ 460 BGB).

Wenn der Verkäufer hiernach mangelhafte Waren geliefert hat, so kann der Käufer ihm ohne weiteres die Waren zur Verfügung stellen, ohne Ersatzwaren nehmen zu müssen. Auch kann Herabsetzung des Preises und unter Umständen Schadenersatz sowie ordentliche Erfüllung des Vertrags gefordert werden (§ 462/463 BGB).

Anders ist die Rechtslage, wenn eine bestimmte Sache bestellt und extra angefertigt wird, denn in diesem Falle findet § 633 BGB Anwendung, der bestimmt:

„Der Unternehmer ist verpflichtet, das Werk so herzustellen, daß es die zugesicherten Eigenschaften hat und nicht mit Fehlern behaftet ist, die den Wert oder die Tauglichkeit zu dem gewöhnlichen oder dem nach dem Vertrage vorausgesetzten Gebrauch aufheben oder mindern.

Ist das Werk nicht von dieser Beschaffenheit, so kann der Besteller die Beseitigung des Mangels verlangen. Der Unternehmer ist berechtigt, die Beseitigung zu verweigern, wenn sie einen unverhältnismäßigen Aufwand erfordert.

Ist der Unternehmer mit der Beseitigung des Mangels im Verzuge, d. h. wenn er eine ihm vom Besteller gestellte angemessene Frist hat verstreichen lassen, ohne Abhilfe zu schaffen, so kann der Besteller den Mangel selbst beseitigen und Ersatz der erforderlichen Aufwendungen verlangen."

In zweifelhaften Fällen ist die Einholung des Rates eines Volksbureaus oder Rechtsanwalts zu empfehlen.

Gewerbeaufsicht im Jahre 1909.

Als Abschluß der Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten für das Jahr 1909 bringt das Reichsarbeitsblatt einige interessante Angaben über die Zahl der im Reiche der Gewerbeaufsicht unterstehenden Fabriken und der diesen gleichgestellten Anlagen. Ferner Angaben über die Zahl der in diesen Fabriken 2c. beschäftigten Arbeiter und über die Zahl der wirklich besichtigten Anlagen nebst deren Arbeiterzahlen.

Danach betrug die Gesamtzahl der Fabriken und der diesen gleichgestellten Anlagen im Jahre 1909: 267 554 (im Vorjahre: 259 617). In diesen Fabriken usw. waren im ganzen 6 209 225 (6 122 416), d. h. etwa 87 000 Arbeiter mehr als im Jahre 1908 beschäftigt; unter den Arbeitern waren 4 560 899 (4 520 066) erwachsene männliche Arbeiter, 1 190 241 (1 150 033) Arbeiterinnen über 16 Jahre, 446 540 (440 255) junge Leute von 14 bis 16 Jahren, endlich 11 545 (12 062) Kinder unter 14 Jahren, und zwar 6169 männliche und 5376 weibliche. Revidiert wurden 144 014 (135 330) Fabriken usw., das sind 53,8 v. H. (52,1 v. H.) sämtlicher Fabriken usw.; in den revidierten Fabriken waren 5 216 235 (5 081 051) Arbeiter beschäftigt, das sind 84,0 v. H. (83,0 v. H.) sämtlicher Arbeiter.

Zuwiderhandlungen gegen Gesetze und Verordnungen betreffend die Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern wurden im Jahre 1909 in 13 701 (15 099) Anlagen ermittelt, das sind 10,2 v. H. (9,6 v. H.) der revidierten Anlagen: die Zahl der wegen Zuwiderhandlungen bestraften Personen betrug 1497 (1597). Unter den Zuwiderhandlungen stehen wiederum die gegen Bestimmungen betreffend Anzeigen, Verzeichnisse, Aushänge mit 7776 (8732) an erster Stelle. Ihnen folgen 6150 (6988) Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen betreffend die Arbeitsbücher. In weitem Abstande folgen die Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen der Pausen 1146 (1111) und gegen solche betreffend Dauer der Beschäftigung von Jugendlichen und von Kindern 1248 (1149) bezw. 532 (551).

Die Zahl der Anlagen, in denen Zuwiderhandlungen gegen Gesetze und Verordnungen betreffend die Beschäftigung von Arbeiterinnen ermittelt wurden, betrug 6892 (7296); das sind 3,7 v. H. (4,6 v. H.) der revidierten Anlagen.

Bestraft wurden 862 (835) Personen. Auch hier stehen unter den Zuwiderhandlungen diejenigen gegen Bestimmungen betreffend Anzeigen, Aushänge mit 4946 (5940) an erster Stelle; von Fällen verbotener Beschäftigung an Sonnabenden und Vorabenden der Festtage wurden 1488 (1422) ermittelt.

Die Zahl der Betriebe, denen Ueberarbeit erwachsener Arbeiterinnen für Wochentage bewilligt worden war, betrug 1864, im Vorjahre 1391; es zeigt sich entgegen dem Jahre 1907 jetzt eine nicht unerhebliche Zunahme. Das gleiche gilt auch für die Zahl der Arbeiterinnen, denen solche Ueberarbeit gestattet war; sie stieg von 87 198 im Jahre 1908 auf 1399 353 im Jahre 1909. Die Zahl der bewilligten Ueberstunden selbst stieg von 1 279 132 im Jahre 1908 auf 1 962 815 im Berichtsjahre. Die für Sonnabende bewilligte Ueberarbeit erwachsener Arbeiterinnen nahm ebenfalls zu. Die Zahl der Betriebe, denen solche

genehmigt wurde, stieg von 223 auf 248 und die Zahl der beteiligten Arbeiterinnen von 10 015 auf 15 509.

Die Zahl der Betriebe, in denen auf Grund des § 105f der Gewerbeordnung Ausnahmen betreffend Sonn- und Festtagsarbeit bewilligt wurden, betrug 2584 (2070); die Zahl der bewilligten Arbeitsstunden 1 184 588 (928 127) und die Zahl der Arbeiter, für die solche Arbeit zugelassen war, 112 436 (86 937).

In der Ausgestaltung der Tabellen, welche alljährlich bei Erstattung der Jahresberichte der Gewerbeaufsichtsbeamten von diesen anzustellen sind, werden vom Jahre 1910 ab nach der neuesten „Anleitung" wesentliche Aenderungen vorgenommen werden, die mit der Umgestaltung der Gewerbeordnung, z. B. Einschaltung des § 134i, Ausschaltung des Begriffes „Fabrik" sowie mit der Aenderung des Schemas der Gewerbegruppen und -arten für die Betriebsstatistik für 1907 zusammenhängen.

Es erscheint daher angebracht, mit der Wiedergabe der Zahlen für 1909 einen Rückblick auf das letzte Jahrzehnt zu verbinden, wobei besonders hervorzuheben ist, daß seit 1902 nur die Fabriken und die diesen gleichgestellten Anlagen (§ 154 Abs. 2 bis 4 und § 154a der RGO.) gezählt werden; nicht mehr gezählt sind solche Anlagen, für die der Bundesrat gemäß § 120e oder § 139a der RGO. besondere Vorschriften erlassen hat. — Es sind daher im allgemeinen die Zahlen der Jahre 1900 und 1901 nur untereinander, nicht aber mit denen der Jahre 1902 bis 1909 vergleichbar.

Seit 1902 hat die Zahl der Fabriken und die diesen gleichgestellten Anlagen stetig zugenommen. Ein Stillstand der Zunahme ist auch nicht in dem durch wirtschaftlichen Niedergang gekennzeichneten Jahre 1908 eingetreten, in welchem ein Mehr von über 9100 Neuanlagen verzeichnet wird, während gleichzeitig die Gesamtzahl der Arbeiter um etwa 6000, die der erwachsenen männlichen Arbeiter um etwa 13 500 gegen 1907 abgenommen hat. Zwar ist bereits im Jahre 1909 wieder eine Zunahme der erwachsenen männlichen Arbeiter vorhanden, jedoch ist diese im Vergleich zu den Vorjahren 1902 bis 1907 gering. Sie beträgt nur 40 838, d. h. etwas weniger als 9 v. H.

Vergleicht man die Zahlenreihen der in Fabriken beschäftigten jugendlichen Arbeiter und die der Kinder, so fällt ein Gegensatz auf: Die Zahl der in Fabriken tätigen jugendlichen Arbeiter (einschl. Kinder) hat seit 1902 ununterbrochen zugenommen, auch im Jahre 1908, obwohl die Zahl der Kinder unter 14 Jahren seit dem Jahre 1907, in dem sie mehr als 13 000 betrug, gesunken ist. So bleibt die Steigerung der letzten Jahre auf die jungen Leute (14—16 Jahre alte Personen) beschränkt.

Auch die Gruppe der Arbeiterinnen über 16 Jahren hat eine ununterbrochene Zunahme zu verzeichnen. Das Maß der Zunahme hat nur im Jahre 1908 eine wesentliche Abschwächung erfahren. Die Zahlen der erwachsenen männlichen Arbeiter sind erst von 1902 ab mit einander vergleichbar. Sie sind von da ab stets gestiegen und haben nur im Jahre 1908 einen Rückschlag erfahren.

Setzt man stets die Zahl der betreffenden Arbeitergruppe im Jahre 1902 gleich 100, so zeigt sich, daß die männlichen erwachsenen Arbeiter um 24 v. H., die weiblichen Arbeiter über 16 Jahre um 38 v. H. und die Jugendlichen um 41 v. H. zugenommen haben.

Nach der gewerblichen Betriebszählung vom 12. Juni 1907 waren in der Industrie, einschließlich Bergbau und Baugewerbe 1 240 611 Arbeiterinnen über 16 Jahren tätig. Aber in dieser Zahl sind auch Arbeiterinnen einbegriffen, die in den kleinen nicht der Gewerbeaufsicht unterstehenden Betrieben mit bis 3 Personen beschäftigt sind, das sind 74 423 Personen. Auch ein wesentlicher Teil der Arbeiterinnen in Betrieben mit 4 oder 5 Personen — 46 713 an der Zahl — dürfte nicht der Gewerbeaufsicht unterstehen, da wohl viele dieser Betriebe nicht zu den „Fabriken und diesen gleichgestellten Anlagen" zu rechnen sind. Bringt man etwa die Hälfte der Arbeiterinnen in Betrieben mit 4 und 5 Personen (rund 23 400) mit den 74 423 Personen in den kleinsten Gehilfenbetrieben von der Gesamtzahl der in der Industrie beschäftigten Arbeiterinnen in Abzug, so kommt man ungefähr auf die von der Gewerbeaufsicht für das Jahr 1907 angeführte Zahl von erwachsenen weiblichen Arbeitern in den Fabriken und diesen gleichgestellten Anlagen.

Für die Zahl der Kinder — die Berufszählung gibt im ganzen 26 461 an, davon 18 692 männliche und 7769 weibliche — sind solche Vergleiche mit den von der Gewerbeaufsicht angeführten Zahlen ausgeschlossen, da in vielen Betrieben — auch solchen mit 6 und mehr Personen — zahlreiche Kinder als Lehrlinge beschäftigt werden, ohne daß der Betrieb schon als „Fabrik oder dieser gleichgestellte Anlage" angesprochen werden kann.

Geldeingänge bei der Hauptkasse.

Monat November.

Velbert 350,22 Mk. Straubing 99,90. Bielefeld 407,30. Sulzbach 463,02. Berlin 200,—. Lautenthal 9,12. Schweidnitz 113,90. Göppingen 227,47. Mannheim 100,—. Oldenburg 304,78. Papenburg 556,82. Würselen 1210,96. M.-Gladbach 1276,20. Dortmund 2470,73. Schwelm-Gevelsberg 500,—. Hagen 590,77. Altenrade 700,—. Sommern 66,60. Hanau 38,48. Coblenz 10,71. Grafrath 82,96. Züngersdorf 36,10. Nürnberg 893,68. Holzhausen 217,40. Dülmen 450,52. St. Louis 26,86. Bromberg 54,83. Fulda 330,12. Laasphe 52,90. Neheim 800,—. Schiffbeck 22,10. Wasseralfingen 622,32. Emslindern 24,21. Danzig 587,55. Crefeld 140,98. [illegible] 61,—. [illegible] 47,50. Darmstadt 11,95. [illegible] 20,49. [illegible] 127,38. Engelskirchen 86,10. [illegible] 51,23. [illegible] 30,22. [illegible] 30,22. [illegible] 105,67. [illegible] a. M. 262,14. [illegible] 51,51. Hamm i. W. [illegible]. [illegible] 827,12. [illegible] 8,24. [illegible] 11,67. [illegible] 2120,87. [illegible] 115,51. [illegible] [illegible] [illegible]. [illegible] [illegible] [illegible] [illegible] [illegible]. [illegible] [illegible] [illegible]. Berlin [illegible]. Braunschweig [illegible]. [illegible] [illegible]. Stuttgart [illegible]. [illegible] [illegible]. [illegible] [illegible]. [illegible] [illegible]. Bromberg [illegible]. [illegible] [illegible]. Eßlingen [illegible]. [illegible] [illegible]. [illegible] [illegible]. Chemnitz 88,95. [illegible] [illegible]. Barmen 12,30. [illegible] 500,—. Hanau 67,15. [illegible] [illegible]. Düsseldorf 2000,—. Schwelm-Gevelsberg 2000,—.

Bochum 450,—. Cöln 1829,56. Hamm i. W. 600,—. Schwenningen 25,03. Alme 399,41. Wiesbaden 35,74. Weiherhammer 117,55. Erlangen 33,51. Laufen 3,60. Goch 27,65. Radevormwald 639,40. Triberg 240,60. Ahlen 444,54. Rheinfelden 28,30. Bautzen 46,77. Saarbrücken 587,11. Olpe 200,—. Merzweiler 21,80. Essen 3000,—. Duisburg 400,—. Lauterbach 31,45. Dessau 100,—.

Monat Dezember.

Menden 800,—. Düsseldorf 400,—. Oker 200,—. Leipzig 82,92. Dingelstädt 350,—. Aachen 800,—. Kohlscheid 600,—. Würselen 800,—. Ulm 100,—. Barmen 900,—. Sulzbach 300,—. Schweinfurt 250,—. Hagen 1000,—. M.-Gladbach 500,—. Schwelm-Gevelsberg 1100,—. Dülken 150,—. Mülhausen i. E. 200,—. Augsburg 200,—. Altenau 25,—. Solingen 500,—. Frankenthal 160,45. Duisburg 1000,—. Neheim 192,28. Berlin 300,—. Aachen 800,—. Gelsenkirchen 700,—. Hamm i. W. 1000,—. Barmen 300,—. Eßlingen 90,—. Nürnberg 28,50. Cöln 1500,—. Schwelm-Gevelsberg 17,50. Stuttgart 316,81. Leipzig 40,—. Duisburg 400,—. Berlin 200,—. Hannover 300,—. Schiffbeck 14,60. Leipzig 50,—. Dortmund 600,—. Essen 3000,—. Schwerin 26,20. Bochum 900,—.

Literarisches.

Das Geld. Staatsbürgerbibliothek. Heft 10. M.-Gladbach, Volksvereinsverlag G. m. b. H. 1910, 94 Seiten 8°. 40 Pfg., postfrei 45 Pfg.

In einer Zeit so außerordentlich gesteigerten Geldbedarfs, der in Steuererhöhungen und neuen Steuern für die Allgemeinheit sich so nachdrücklich bemerkbar machte, ist eine Schrift über das Geld selbst über sein Wesen, seine Aufgaben, seine wirtschaftliche und politische Bedeutung ganz gewiß als recht zeitgemäß zu bezeichnen. Das vorliegende Heft 10 der M.-Gladbacher „Staatsbürgerbibliothek" behandelt gründlich und eingehend das Geld und Geldwesen mit Ausnahme von Bank und Börse in populärer, klarer und verständlicher Weise. Besonders muß auf die vorzügliche Darstellung der geschichtlichen Entwicklung des Geldes hingewiesen werden; ferner auf die Abschnitte „Wechsel" und „Scheck", Dinge, worüber noch immer viel mehr Unklarheit und Unkenntnis herrscht, als man glauben sollte. Die Schrift wird ohne Zweifel allgemeinen Beifall finden und verdient bei dem billigen Preise zur allgemeinen Anschaffung empfohlen zu werden.

Krisis in der Sozialdemokratie von Joseph Joos, Redakteur der „Westdeutschen Arbeiterzeitung". Im Februar 1911 erscheint im Volksvereinsverlag in M.-Gladbach das vorbezeichnete Buch. Dasselbe wird zirka 120 Seiten in gr. 8° umfassen und gebunden 1 M. kosten. Vorausbestellungen sind zu richten an die Buchhandlung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Köln, Eintrachtstraße 147.

Versammlungs-Kalender.

Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!

Amern-St. Anton. Sonntag, den 29. Januar, nachm. 4½ Uhr Generalversammlung. Um pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Ahlen. Sonntag, den 22. Januar, nachmittags 4½ Uhr Generalversammlung bei Wingard, Weststraße. Tagesordnung: Jahresbericht, Vorstandswahl, Vortrag des Kollegen Sirtfiefer.

Aachen. (Bauschlosser.) Dienstag, den 24. Januar, gleich nach Feierabend Versammlung bei Frantzen, Kleinmarschierstraße.

Altenau. Sonntag, den 22. Jan. abends 8 Uhr Generalversammlung im Hotel „Deutscher Kaiser". Referent: Kollege Buchner, Goslar.

Bochum I u. II. Sonntag, den 22. Januar, nachm. 4 Uhr im Gewerkschaftshaus Generalversammlung mit Frauen. Redner: Kollege Kohn-Recklinghausen.

Bocholt. Sonntag, den 22. Januar, morgens 11¼ Uhr im Lokale „Zur Stadt Münster" Generalversammlung. Die Kollegen von hier und Isselburg werden gebeten vollzählig zu erscheinen.

Berlin. Samstag, den 21. Januar, abends ½9 Uhr in Schulz' Festsäle (Am Königsgraben 14 a) allgemeine Mitgliederversammlung mit Vortrag. Erscheinen ist Pflicht.

Bromberg. Sonntag, den 22. Januar, nachm. ½3 Uhr Generalversammlung im Lokale Krüger, Prinzenthal, 4. Schleuse. Vollzähliges Erscheinen ist Ehrensache.

Cleve. Sonntag, den 29. Januar, morgens 11 Uhr Versammlung mit Vortrag im Gewerkschaftshaus bei Pauls.

Duisburg. (Ortsverwaltung.) Sonntag, den 29. Januar, nachm. 4 Uhr im Lokale Jäckel, Friedr.-Wilhelmplatz, Jahresgeneralversammlung. An diesem Tage darf in keiner der angeschlossenen Zahlstellen Mitglieder-Versammlung stattfinden.

Duisburg-Laar. Sonntag, den 22. Jan., nachm. 4 Uhr bei Jansen, Kaiserstraße, Mitgliederversammlung mit Neuwahl des Vorstandes.

Duisburg-Meiderich. Sonntag, den 22. Januar, nachm. 4 Uhr bei Caserkamp Mitgliederversammlung mit Vorstandswahl.

Düsseldorf-Rath. Sonntag, den 29. Jan., vorm. 11 Uhr Generalversammlung im Lokale Schulten, Münsterstraße.

Düsseldorf-Ratingen. Sonntag, den 29. Januar, Festversammlung aus Anlaß des 10jährigen Bestehens der Ortsgruppe Ratingen. Referent: Kollege Seupke.

Emmerich. Sonntag, den 22. Januar, morgens 11 Uhr im Lokale des Herrn Bungardt Mitgliederversammlung. Unorganisierte mitbringen.

Essen-Kleingewerbe. (Schlosser, Schmiede, Klempner). Samstag, den 21. Januar, abends 8½ Uhr Mitgliederversammlung im christlichen Gewerkschaftshaus, Frohnhauserstr. 19.

Essen-Stadt. Sonntag, den 22. Januar, abends 7 Uhr Generalversammlung im Restaurant Langenberg, Freiheitstraße. 6 Uhr Vorbesprechung zur Vorstandswahl.

Essen-Elektromonteure. Sonntag, den 15. Januar, morgens 11 Uhr Mitgliederversammlung im Restaurant Kühler, „zum halben Hahn".

Essen-Kray. Samstag den 21. Jan., abends 8½ Uhr Mitgliederversammlung im Restaurant Freitag, [illegible]straße.

Essen-Rellinghausen. Sonntag, den 22. Januar, vorm. 11 Uhr Generalversammlung im Restaurant Buchmüller.

Essen-Werden. Sonntag, den 22. Jan., morgens 11 Uhr Generalversammlung im Restaurant Beckers, Bornstr.

Essen-Altenessen. Sonntag, den 22. Jan., abends 5 Uhr Generalversammlung im Restaurant Esser. 5 Uhr Vorstandssitzung.

Essen-Jugendabteilung. Sonntag, den 22. Januar, abends 5 Uhr Generalversammlung mit Vorstandswahl im kath. Gesellenhaus, Essen-West, Frohnhauserstraße 233.

Essen-Carnap. Sonntag, den 22. Jan., abends 5 Uhr Generalversammlung im Restaurant Hoppe.

Eßlingen. Sonntag, den 29. Januar, nachmittags 3 Uhr im Lokal „Alte Krone" jährliche Generalversammlung. Es darf kein Kollege fehlen.

Ensheim. Sonntag, den 22. Januar, nachm. 3 Uhr in Eschringen bei Jos. Franz Generalversammlung und Neuwahl des Vorstandes.

Gelsenkirchen-Hüllen. Dienstag, den 24. Jan., abends 6¼ Uhr bei Nachbarschulte.

Gelsenkirchen-Neustadt. Samstag, den 28. Jan., abends 8 Uhr bei Ortey.

Gelsenkirchen-Schalke. Sonntag, den 29. Januar, vorm. 11 Uhr bei Wegener.

Gelsenkirchen-Bulmke. Sonntag, den 29. Jan., abends 6 Uhr Versammlung mit Frauen bei Luig.

Gladbeck. Sonntag, den 29. Januar, nachm. 4 Uhr bei Nortpot (Christl. Gewerkschaftshaus).

Günnigfeld. Samstag, den 21. Januar, abends 7 Uhr Versammlung bei Dahrenrecht.

Hamm (Süden). Sonntag, den 22. Jan., vorm. 11 Uhr Versammlung bei Karbe, Werlerstraße.

Hamm (Ortsverwaltung). Sonntag, den 29. Jan., vorm. 11 Uhr Generalversammlung bei Heitfeld, Feidikstraße.

Haste. Sonntag, den 29. Jan., nachm. 5 Uhr Generalversammlung.

Hannover. Sonntag, den 29. Januar, nachm. 3 Uhr Generalversammlung. Tagesordnung: Abrechnung, Geschäftsbericht, Neuwahl des Vorstandes, Lokalfrage und Verschiedenes.

Hoven. Sonntag, den 5. Februar, nachm. 5 Uhr beim Wirt Lambert Fink in Schlick Generalversammlung.

Kiel. Sonnabend den 28. Jan., abends 8½ Uhr im Hotel „Zum Landhaus" Generalversammlung. Jahresabrechnung und Neuwahl des Vorstandes.

Leidenscheid. Die Versammlungen finden in Zukunft beim Wirt Diemer, Wilhelmstraße, jeden 1. Samstag im Monat statt. Nächste Versammlung 4. Februar.

Lippstadt. Sonntag, den 22. Januar, nachm. 4 Uhr bei Molitor Generalversammlung.

Leipzig. Samstag, den 21. Januar, ½9 Uhr im „Schloß Rittersein" Ritterstraße Weihnachtsfeier. Die Mitglieder wollen vollzählig mit ihren Angehörigen nebst Gästen erscheinen.

Mülheim-Sterkrade. (Ortsverwaltung.) Freitag, den 20. Januar, abends 6½ Uhr Mitgliederversammlung bei Heinrich Holtenstraße 1.

Milspe. Samstag, den 21. Januar, abends 8½ Uhr Generalversammlung bei Herrn K. Thieme. Tagesordnung: Jahresbericht, Vorstands- und Vertrauensmännerwahl, Unterhaltungsabend-Angelegenheit, Verschiedenes.

München. Samstag, den 28. Jan., abends 8 Uhr im Gasthaus „Zur Leopoldstadt" Sennefelderstr. 11½ Generalversammlung. Anträge sind bis längstens 24. Januar an das Büro einzusenden.

Neunkirchen (Bezirk Trier). Sonntag, den 5. Februar, abends 8 Uhr im „Stern" jährliche Generalversammlung. Vorstandswahl. Wichtige Tagesordnung.

Neustadt a. H. Sonntag, den 22. Jan. Generalversammlung mit Neuwahl des Vorstandes im Lokal Sebastian.

Neheim-Wickede. Sonntag, den 22. Jan., vorm. 11 Uhr Mitgliederversammlung. Vortrag des Kollegen Hegemann.

Neheim-Sundern. Sonntag, den 22. Jan., nachm. 3 Uhr Versammlung mit Vortrag des Kollegen Hegemann. Vollzähliges Erscheinen wird erwartet.

Nürnberg. Samstag, den 21. Januar, abends 8 Uhr Vertrauensmännersitzung. Sonntag, den 29. Januar, nachmittags 2 Uhr im Gesellenhospiz Generalversammlung.

Oggersheim. Sonntag, den 29. Januar, nachm. ½4 Uhr in den „Drei Kronen" Generalversammlung mit Neuwahl. Vollständiges Erscheinen ist notwendig.

Osnabrück. Sonntag, den 29. Januar, vorm. 11 Uhr Generalversammlung im Vereinslokal.

Regensburg. Samstag, den 21. Januar, abends 8 Uhr in der „Jakobinerschenk" ordentliche Generalversammlung mit Rechenschaftsbericht und Neuwahl des Ausschusses. Vollzähliges Erscheinen wird erwartet.

Sulzbach. Sonntag, den 22. Januar, Generalversammlung mit Rechnungsablage und Wahl der Vorstandschaft

Stuttgart-Cannstatt. Samstag, den 21. Januar, abends ½9 Uhr Generalversammlung der Sektion Cannstatt im „Alten Hasen" in Cannstatt.

Schweinfurt. Sonntag, den 15. Januar, nachm. 3 Uhr Generalversammlung bei Schömig. Kollege Konrad hat sein Erscheinen zugesagt.

Schussenried. Samstag, den 21. Jan., abends ½8 Uhr Generalversammlung im Lokal Behr jr.

Sulzbach. Sonntag, den 22. Jan., nachm. 2 Uhr Generalversammlung in der Bahnhofsrestauration.

Sonthofen. Sonntag, den 22. Januar, nachm. ½3 Uhr Generalversammlung im Lokal „Zur Sonne". Referent: Landtagsabg. Kollege Königsbauer.

Thale a. H. Sonntag, den 29. Januar, nachm. 3 Uhr im „Braunen Hirsch" Generalversammlung. Tagesordnung: Jahresbericht, Neuwahlen, Vortrag von Gewerkschaftssekretär Buchner.

Villingen. Samstag, den 21. Januar, abends 8 Uhr Generalversammlung im Lokal „Zur Schnecke".

Warstein. Sonntag, den 22. Januar, nachm. 5 Uhr im Gasthof Jos. Enuess Generalversammlung mit Vorstandswahl. Die Kollegen werden gebeten, vollzählig zu erscheinen.

Wesel. Jeden ersten Samstag im Monat Mitgliederversammlung bei Keßler, Schmidtstraße. Nächste Versammlung Samstag, den 4. Februar.

Chauffeur gesucht!

Wir suchen zum baldigen Eintritt einen tüchtigen nüchternen **Chauffeur** zum fahren eines 32 P.S. [illegible]-Landauer.

Bewerber wollen unter Darlegung ihrer Verhältnisse und Gehaltsansprüche, Zeugnisse über ihre bisherige Tätigkeit einsenden an:

Consum-Genossenschaft „Eintracht" e. G. m. b. H.
— Mülheim am Rhein. —

Verlag: Franz Wieber. Druck: „Echo vom Niederrhein", G. m. b. H. beide in Duisburg. Verantwortlicher Redakteur: Friedrich Kraus in Huckingen.